:antifaschistische nachrichten

Nr. 14

g 3336 15.7.2004 20. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Rechte Anglizismen-bekämpfer

ERLANGEN. Die Zeitschrift „Deutsche Sprachwelt" (DSW) des „Verein für Sprachpflege e.V. „ (1.Vorsitzender: Prof. Hans-Manfred Niedetzky) ist begeistert über ihren Auftritt auf der Leipziger Buchmesse. „Tausende Besucher" seien dort mit dem „Anliegen der Sprachpflege" bekannt gemacht worden. Dabei geht es längst nicht mehr nur um die Kritik der sogenannten Rechtschreibreform. In der neuesten Ausgabe der Zeitung um Schriftleiter Thomas Paulwitz, gelegentlich auch Autor in der „Jungen Freiheit" und dem „Ostpreußenblatt" und im vergangenen Jahr Referent bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik", findet man u.a. Anzeigen für die Hamburger Burschenschaft Germania, die neofaschistischen „Unabhängigen Nachrichten" (UN) und den „Germania-Verlag" um den langjährigen NPD-Aktivisten Günter Deckert aus Weinheim.

Amüsiert berichtet man dort auch über die Auseinandersetzungen bei der letzten Delegiertenversammlung des „Verein Deutsche Sprache" (VDS) in Münster. Dort hatte Professor Helmut Glück in seinem Bericht zur Arbeit des wissenschaftlichen Beirates des Vereins eine Zusammenarbeit mit der „Deutschen Sprachwelt" abgelehnt. Außerdem empfahl er, das Mitwirken im „Netzwerk deutsche Sprache" zu überdenken, vor dem auch schon DSW-Schriftleiter Paulwitz referiert hatte. In Teilen der Mitgliedschaft scheint man dies anders zu sehen. Nach Angaben der „Deutschen Sprachwelt" sind viele Mitglieder des VDS zugleich auch Leser dieser Zeitung, die nach eigenen Angaben mittlerweile eine Auflage von 32 000 Exemplaren hat. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Solidaritätsfest auf der Keupstraße in Köln



Tausende kamen zum Straßenfest am 11. Juli auf die Keupstraße in Köln, wo durch eine Nagelbombe am 9. Juni 22 Menschen verletzt worden waren. Das Fest sollte ein Zeichen setzen für das friedliche Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen und gegen die Angst, die in den letzten Wochen die Menschen davon abgehalten hatte, so wie bisher auf der Keupstraße die vielen Geschäfte und Restaurants zu nutzen.

„Collegium Humanum" schließen!

Im Amtsgericht Bad Oeynhausen fand am 18. Juni die Verhandlung gegen die Leiterin des Collegium Humanum, Ursula Haverbeck und Ernst-Otto Cohrs, den Schriftleiter der Hauszeitschrift „Stimme des Gewissens" statt. Das Gericht verurteilte beide wegen Volksverhetzung zu je 180 Tagessätzen. Parallel zur Verhandlung verbreiteten Anhänger der Verurteilten neue Holocaustlügen. Dass ihnen dafür ein leerstehender Gerichtssaal zur Verfügung gestellt wurde, ist ein Skandal.

Vor Beginn des Prozesses forderten rund 15 AntifaschistInnen auf einem Transparent die Schließung des Collegium Humanums. Das Haus in Vlotho, welches von Ursula Haverbeck geleitet wird, ist zum Zentrum von Holocaustleugnern geworden. Holocaustleugnung in drei Artikeln der Hauszeitschrift des Collegiums, der „Stimme des Gewissens", war denn auch Gegenstand der Anklage. Dazu kam eine dort abgedruckte Rede, die Ursula Haverbeck anlässlich der Gründung des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten" (VRBHV) gehalten hatte. Der zweite Angeklagte Ernst-Otto Cohrs ist „Schriftleiter" des Blattes, welches mit einer Auflage von immerhin 3.000 Exemplaren erscheint. Rund 80 extreme Rechte, von gescheitelten Neonazis aus dem Osten über betagte Herrschaften bis hin zur Szeneprominenz sammelten sich vor dem Gerichtssaal, was einmal mehr die zentrale Funktion des Collegium Humanum für die Holocaustleugnerszene belegt. Unter den Anwesenden der NPD-Anwalt Horst Mahler, der stellvertretende nordrhein-westfälische NPD-Vorsitzende Klaus Cremer, die ostwestfälische Koordinatorin der „Gesellschaft für freie Publizistik", Sigrid Schenk, Reinhold Oberlercher vom „Deutschen Kolleg", der Betreiber der Internetseite „Deutschlandlügen", Klaus Weichhaus, der Hausmeister des Collegiums Ralf Steinke oder die häufigen Besucher Edgar und Gerda Forster. Da der Gerichtssaal nur Platz für knapp 30 Personen bot, konnten viele dem Prozess nicht beiwohnen.

Neue Holocaustleugnungen vor Gericht

Vor der eigentlichen Verhandlung versuchte Horst Mahler sich in den Vordergrund zu spielen, indem er auf der Ver-

Fortsetzung S. 3

Möhring verunglückt

DÜSSELDORF. Der Unternehmensberater Heiko Möhring (64), langjähriger Funktionär des „Vereins für das Deutschtum im Ausland"(VDA) und „engagierter und kritischer Streiter für die Sache des VDA" („GLOBUS"), ist im Juni bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Vom neofaschistischen „Bund heimattreuer Jugend" (BHJ) geprägt, wurde Möhring Offizier der Bundeswehr. Nach seinem Ausscheiden wurde er leitender Angestellter des Bauunternehmens „Heitkamp" im Ruhrgebiet. Er wurde im VDA aktiv, wo er u.a. als Landesvorsitzender in NRW tätig war und dem VDA-Verwaltungsrat angehörte. Nebenher referierte er u.a. beim neofaschistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG), bei Burschenschaften und schrieb gelegentlich für „Nation und Europa" und das „Deutsche Soldatenjahrbuch". Zuletzt, als freier Unternehmensberater, hatte er berufliche und finanzielle Probleme. Kontakte unterhielt Möhring, auch Mitglied des „Bund der Selbständigen" (BDS), auch zur deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft" (ÖLM). *hma* ■

Sendefrequenz ausgeweitet

IMMENSTADT. Das vom bayerischen Balderschwang aus tätige „Radio Horeb", ein – nach Eigenangaben – „privater Rundfunksender mit christlicher Ausrichtung" weitet sich systematisch aus. Ende Mai bekam der Sender unter der Leitung des katholischen Pfarrers Richard Kocher weitere Sendefrequenzen von der Bayerischen Landesmedienzentrale (BLM) zugesprochen. Nun hat „Radio Horeb" auch die Möglichkeit, täglich auf UKW zu senden und spricht von einem „historischen Durchbruch". Dabei gab es diesmal auch Kritik an dem Sender. In der Programmbeobachtung der Bayerischen Landesmedienzentrale (BLM) wurde der Beitrag eines Priesters in „Radio Horeb" als „offen rassistisch" gewertet. Auch die „einseitig vertretene(n) Standpunkte" zum Schwangerschaftsabbruch, zur Homosexualität und zu Verhütungsmethoden wurden kritisiert. Ein anderer Beitrag wurde als Verstoß gegen die Menschenwürde empfunden. Aber selbst noch so überzeugende Argumente scheinen besonders in Bayern auf taube Ohren zu stoßen. Mit der Bemerkung „Das dürfen wir uns als Katholiken nicht bieten lassen, dagegen wehren wir uns", wies der Vorsitzende des BLM-Medienrates, Dr. Erich Jooß, die kritische Bewertung des Senders zurück. Unterstützung gab es auch vom Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, der in der Sitzung positive Bewertungen des Senders durch die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) und „amnesty international" verlas. Mit 21 gegen 7 Stimmen fiel die Entscheidung dann eindeutig zu Gunsten des „Radio Horeb" aus. *hma* ■

Nazi-Aktion „Schulhof"

Um Nachwuchs zu rekrutieren und um für ihre Ziele zu werben, wollen Nazis verschiedener Gruppen sich jetzt im Stil von Drogen-Dealern vor Schulhöfen postieren und dort kostenlos Nazi-Musik-CDs verteilen. Es ist bekannt, dass diese Art von Musik eine wesentliche kommerzielle und organisatorische Komponente faschistischer Organisationen, aber auch ideologische Einstiegsdroge für Nachwuchs-Faschisten ist (vgl. z.B. auch den Bericht unter www.stade.vvn-bda.de).

In einer konzertierten Aktion von ca. 10 Nazilabels und ebenso vielen Kameradschaften sollen nach unterschiedlichen Angaben zwischen 100.000 und 250.000 CDs mit Neonazimusik produziert und kostenlos vor Schulen verteilt werden. Die Produktion von 50.000 CDs scheint finanziell gesichert zu sein. Erste Auflagen der CDs sind offensichtlich schon vorhanden.

Zu den exponierten Unterstützern der Aktion im Rhein-Main-Raum zählen die Freien Nationalisten Rhein-Main und auch die Nazi-Kameradschaft Bergstraße. Wir bitten vor allem die GEW, die StadtschülerInnenräte um Wachsamkeit. Schlagt Alarm, falls CDs mit Nazi-Musik vor Schulen im Rhein-Main-Gebiet auftauchen, damit wir gemeinsam dagegen vorgehen können!

Anti-Nazi-Koordination Frankfurt ■

SPD fordert Überprüfung

THÜRINGEN. Das politische bzw. journalistische Engagement des neu in den Thüringer Landtag gewählten künftigen CDU-Abgeordneten Dr. Peter D. Krause ist für die SPD-Fraktion Anlass, sich näher mit der rechten Zeitung „Junge Freiheit" und einer Vertriebenenzeitschrift zu beschäftigen. In einem Artikel der Zeitung „Freies Wort" war darauf hingewiesen worden, dass Krause in jüngerer Vergangenheit für mehrere Beiträge in der „Jungen Freiheit" verantwortlich gezeichnet sowie im „Ostpreußenblatt" Beiträge veröffentlicht hat. Zumindest die „Junge Freiheit" wird von den Landesämtern für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg regelmäßig ausgewertet.

Die SPD-Fraktion möchte nun mit einer parlamentarischen Anfrage geklärt wissen, ob beide Zeitungen regelmäßig vom Thüringer Verfassungsschutz ausgewertet werden und – wenn ja – wie die Bewertung der Blätter durch den Verfassungsschutz aussieht. Informieren soll die Regierung das Parlament zudem darüber, wie der Verfassungsschutz – sollte er sich mit beiden Blättern befasst haben – deren Wirkung einschätzt.

Presseerklärung, Erfurt, 2. Juli 2004
Franzisca Friedrich
Pressereferentin der SPd-Fraktion im Thüringer Landtag ■

Unterwanderung des DJV dauert an

In der vorletzten Juni-Woche hatte der Gesamtvorstand des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) einstimmig beschlossen, die Landesverbände Berlin

und Brandenburg auszuschließen und an deren Stelle neue Unterverbände zu gründen. Der Bundesverband und sein Vorsitzender Michael Konken halten dem Brandenburger Vizechef Torsten Witt vor, Kontakte zur rechtsextremen Szene zu haben und beschuldigen ihn, unmittelbar vor der Vorstandswahl neue Mitglieder in den Verband aufgenommen zu haben, die dann für ihn gestimmt hätten. Ähnlich soll die Wahl des Berliner Vorsitzenden Alexander Kulpok manipuliert worden sein (siehe letzte Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten).

In einer Eilentscheidung entschied das Berliner Landgericht gegen die Rechtmäßigkeit des Ausschlusses der beiden Landesverbände und verhinderte den Plan des Bundesvorstands, die Berliner und Brandenburger DJV-Mitglieder schon am 3. Juli in zwei neu gegründete Unterverbände aufzunehmen. Nun wird ein außerordentlicher Verbandstag Mitte Juli darüber befinden, ob beide Landesverbände wegen mutmaßlicher Unregelmäßigkeiten den Hauptverband verlassen müssen. Hierfür müssten laut Satzung des DJV drei Viertel der zu erwartenden rund 270 Delegierten für den Ausschluss votieren. *kun* ■

Rechte Straftaten – Tendenz steigend

BERLIN. Im Mai wurden vom Innenministerium bundesweit 740 politisch rechts motivierte Straftaten registriert – davon 56 Gewalttaten mit 45 Verletzten und 503 Propagandadelikte. Das geht aus der Antwort des Bundesministeriums des Innern auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Petra Pau (PDS) hervor. Die Zahlen gelten als vorläufig und in der Regel liegen die korrigierten Angaben stets noch höher.

Die Mai-Zahlen weisen eine erneute Steigerung rechtsextremer Straftaten aus. Im Vergleich: März 2004 679, April 2004 687, Mai 2004 740.

In absoluten Zahlen führt Sachsen die Straftat-Statistik an, gefolgt von Nordrhein-Westfalen. Auch in Relation zur Einwohnerzahl führt Sachsen diesmal vor Brandenburg.

A6/220, 221, 222 ■

Rassistisch motivierte Vorfälle nahmen zu

FRANKREICH/PARIS. Seit Jahresbeginn hat es in Frankreich mehr rassistische und antisemitische Vorfälle gegeben als im gesamten Jahr 2003. Die Regierung wolle daher den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus verstärken, so Regierungssprecher Jean-Francois Copé am 9. Juli in Paris.

Vor allem die Entwicklung bei Jugendlichen sei beunruhigend. Das Innenministerium hat einem Bericht der Zei-

Fortsetzung von Seite 1

teidigerbank Platz nahm. Richterin Britta Kurhofer-Lloyd musste Mahler daran erinnern, dass gegen ihn ein Berufsverbot bestehe. Darauf erklärte der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Ulmer aus Berlin, den Neonazi zu seinem Assistenten. Die Richterin bestand jedoch darauf, dass Mahler keine aktive Rolle in der Verhandlung spielen dürfe.

Die Angeklagten nutzten die Verhandlung für eine Wiederholung ihrer Holocaustleugnungen. Haverbeck betonte in ihrer Einlassung, „der Holocaust, so wie er uns jahrzehntelang eingehämmert wurde" sei „nicht mehr aufrecht zu halten". Cohrs habe sich bei seinen Einlassungen erneuter Holocaustleugnungen schuldig gemacht, merkte die Richterin in ihrer Urteilsbegründung an. Die Angeklagten könnten sich nicht auf das Recht der freien Meinungsäußerung berufen, da es ihnen darum gehe die Verbrechen des Holocaust zu entkrimminalisieren. Damit folgte das Gericht dem Plädoyer der Staatsanwältin Hundertmark, die erklärt hatte, es ginge den Angeklagten nicht um eine sachliche Diskussion, sondern um ein „Reinwaschen des deutschen Volkes" vom Holocaust durch dessen Relativierung.

Haverbeck wurde zu einer Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu 30,- Euro, Cohrs zu ebenso vielen Tagessätzen von 20,- Euro verurteilt.

Zitate von Hermann Göring im Gerichtsflur

Auch die ZuschauerInnen versuchten, den Prozess als Bühne für eine sogenannte „Wortergreifung" zu nutzen. Neben lauten Beifallskundgebungen wurden von Horst Mahler verantwortete Flugblätter in Umlauf gebracht, in denen die „Holocaustreligion" als „Seelenmord am Deutschen Volk" und als nicht hinzunehmendes „Verbrechen" dargestellt wurde.

Konnten die Ereignisse in der Verhandlung noch durch die Androhung des Ausschlusses der Öffentlichkeit einigermaßen im Rahmen gehalten werden, spielte sich auf den Fluren des Amtsgerichts Unglaubliches ab. Knapp 50 Neonazis, die keinen Platz mehr im Saal gefunden hatten, begaben sich unter der Führung von Edgar Forster und unter Beobachtung von Beamten des Staatsschutzes der Polizei Bielefeld ins Treppenhaus des Gerichts und hielten eine Versammlung ab. Zuerst wurde durch Forster eine zehnseitige Erklärung Ursula Haverbecks verlesen. Darin wurde positiv auf die Literatur der Holocaustleugner Bezug genommen und selbst Zitate von NSDAP-Größen wie Hermann Göring angeführt, demnach die Gaskammern „Propagandaschwindel" seien.

Neonaziversammlung im Amtsgericht

Wer nun annimmt, der Redner sei festgenommen und die Neonazis aus dem Amtsgericht geworfen worden, liegt gänzlich falsch. Tatsächlich erschien ein Justizbediensteter und schloss einen leerstehenden Gerichtssaal auf, damit die Versammlung dort fortgesetzt werden könne und die Beteiligten nicht weiter stehen mussten. Das Angebot wurde dankbar angenommen. Da nun, soweit ersichtlich, keine Staatsschutzbeamten mehr anwesend waren, konnten die Neonazis frei reden. „Wir sind ja unter uns", hieß es.

Erneut ergriff Edgar Forster das Wort zu einem Vortrag über den Holocaustleugner Germar Rudolf und das sogenannte Rudolf-Gutachten. Andere hetzten gegen die vermeintlich jüdische „Ostküstenbande", sprachen im Zusammenhang mit dem Holocaust von einer „Lüge", stellten die Bundesrepublik als Staat in Abrede und erklärten ein Fortbestehen des „Deutschen Reiches". Nach etlichen Redebeiträgen ging die Versammlung zu konkreten Aktionsplanungen über. Flugblätter Horst Mahlers wurden ausgeteilt und zu deren weiteren Verteilung in Geschäften der Umgebung und den Heimatorten der Beteiligten aufgerufen. Die Flyer enthalten antisemitische Verschwörungstheorien, die Forderung nach dem Verbot der jüdischen Religion, ein Bekenntnis zum „Deutschen Reich", Aufrufe zu Selbstjustiz und einem „Allgemeinen Volksaufstand", sowie erneute Infragestellungen des Holocaust.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass Polizei und Gericht diesen Skandal nicht verhindert haben. Durch verschiedene Veröffentlichungen und Aufrufe war im Vorfeld zu erkennen, dass der Prozess eine große Szeneöffentlichkeit mobilisieren würde. Die Holocaustleugner um Mahler und Haverbeck sind organisiert und haben schon in der Vergangenheit vergleichbare Verhandlungen als sogenannte „Wortergreifung" zur weiteren Verbreitung ihrer Weltanschauung genutzt. Dass der Staatsschutz der Polizei Bielefeld derartige Vorgänge völlig ignoriert und andererseits AntifaschistInnen, die sich friedlich gegen den im Collegium Humanum verbreiteten Antisemitismus engagieren, massiv kriminalisiert, lässt eine fragwürdige Tendenz erkennen.

Antifa West, Juni 2004
www.antifa-west.org ■

tung *Le Figaro* zufolge im ersten Halbjahr 95 rassistische und fremdenfeindliche Vorfälle sowie 161 Drohungen gezählt, wobei vor allem Nordafrikaner betroffen waren. Gleichzeitig gab es 135 Aktionen und 375 Drohungen gegen Juden. In den ersten vier Monaten zählten die Behörden 50 fremdenfeindlich motivierte Angriffe auf Personen.

FR 10.7.2004 ■

Neonazi-Angriff auf Konzernkritiker

DÜSSELDORF. Axel Köhler-Schnura, Vorstandsmitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren, war mit seiner fünfköpfigen Familie zum wiederholten Male Ziel eines rechtsradikalen Angriffs.

Unter Parolen wie „Juden raus!" wurde am frühen Morgen des 2. Juli die Eingangstüre des Hauses zerstört, in dem seine fünfköpfige Familie und er wohnen und in dem sich auch die Büroräume seiner Firma befinden. Nur dank des Sicherheitsglases und anderer Sicherungsmaßnahmen gelang es den Nazis nicht, in das Haus einzudringen.

Axel Köhler-Schnura ist Träger des Preises für Zivilcourage 2000 und ist nicht nur im Vorstand der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) konzernkritisch aktiv. Er ist national und auch international in der konzernkritischen Bewegung verankert.

Er ist Vorstandsmitglied des Umwelt-Fonds, der internationalen Stiftung EthEcon und der DKP Düsseldorf. Er ist aktiv beim Europäischen Sozialforum und mehreren anderen Initiativen und Verbänden. Auch beruflich arbeitet er im sozial- und ökologiepolitischen Bereich. Unter anderem erbringt er Dienstleistungen für eine Obdachlosenorganisation.

Bereits vor zwei Jahren war er Ziel eines Neo-Nazi-Angriffs. Diese Übergriffe richten sich ganz offfenkundig gegen konzernkritisches Engagement. Denn auch das Vorstandsmitglied Hubert Ostendorf war bereits Ziel von Neonazi-Angriffen.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren verurteilt diese widerlichen Nazi-Attacken. Dieser Angriff reiht sich ein in eine unendlich lange Liste von Nazi-Verbrechen der jüngsten Zeit, die auch bereits den Tod zahlreicher Menschen gefordert haben. Sie verurteilt den nachlässigen und Vorschub leistenden Umgang von Behörden und Gerichten mit Nazis und Rechtsradikalen und fordert ein Verbot faschistischer und rechtsradikaler Organisationen. Wegen der erheblichen Schäden wird um Spenden unter dem Stichwort „Nazis stoppen!"auf das Konto bei der GLS-Bank 8016 533 000, BLZ 430 609 67 gebeten.

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Weitere Infos www.cbgnetwork.org ■

Vereinte Nationalisten Nordost – neuer Name, altbekannte Neonazi-Kader

In den letzten Wochen tauchten im Berliner Bezirk Pankow vermehrt Aufkleber der Gruppierung ‚Vereinte Nationalisten Nordost' (VNN) auf. „National befreite Zone", „Deutsche kauft bei Deutschen!" sowie „Pankow bleibt deutsch!" sind Losungen, die eindeutig aufzeigen, wessen Geistes Kind diese neue Gruppierung ist.

Vor allem in den Stadtteilen Weißensee, im Norden des Prenzlauer Berg und Buch ist eine größere Anzahl an Aufklebern bisher gefunden worden.



In einem vierten Motiv greift die VNN den alternativen Jugendklub „Kurt-Lade-Klub" im Stadtteil Niederschönhausen mit der Parole „Kurt Lade dichtmachen – Kein Geld für Asoziale und Linksradikale!" an. Schon aus dem Umfeld der Autonomen Nationalisten Berlin (ANB) sowie der Berliner Alternative – SüdOst (BASO) gab es Attacken gegen den Jugendklub in der Grabbeallee. Neben unzähligen Anti-Antifa Schmierereien aus diesem Spektrum versuchten auch schon einmal eine größere Gruppe organisierter Neonazis in den Klub zu gelangen. Dies konnte nur knapp verhindert werden.

Die Drahtzieher:

Auf dem Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2004 im Berliner Stadtteil Lichtenberg, führten die VNN ein eigenes Transparent mit der Aufschrift: „Internationaler Nationaler Sozialismus – Für die Freiheit der Völker" mit. An dem Transparent wurde u.a. der bekannte NPD-Vize-Landesvorsitzende Berlin und Liedermacher Jörg Hähnel sowie der ebenfalls aus Frankfurt/Oder stammende Andrè Werner gesichtet.

Doch nicht nur in Berlin, auch auf den letzten Aufmärschen neonazistischer Gruppen in Neubrandenburg und Bernau trat die VNN auf. Bei diesen Demonstrationen wurden im Zusammenhang mit den VNN-Kadern weiterhin Personen gesichtet die früher schon in Verbindung mit den Autonomen Nationalisten Berlin oder dem Pankower Kreisverband der NPD aufgefallen sind.

Das Konzept:

Die VNN ist eine Sammlungsorganisation, in der neben NPD-Mitgliedern auch sogenannte Freie Nationalisten aktiv sind. Einige Aktivisten sind schon seit Jahren in den Reihen des von Stella Palau geführten Kreisverbands Pankow der NPD aktiv. Auch im diesjährigen Europa-Wahlkampf halfen sie, z.B. beim Aufhängen von Plakaten und beim Ausrichten von Infoständen in Pankow.

Die VNN kann bisher als ähnlicher Organisationsversuch wie die Berliner Alternative - SüdOst (BASO) gewertet werden: eine lokale Schnittstelle zwischen Freien Nationalisten und der NPD. Die Einbindung des Potentials, welches der NPD eher kritisch gegenübersteht und aktionistisch ausgerichtet ist, funktioniert über solche parteiunabhängigen Organisationsformen leichter. Auch Aktionen, die den legalen Rahmen verlassen, wie zum Beispiel Anti-Antifa-Aktivitäten, werden aus solchen Zusammenhängen heraus organisiert. Die Gründung der Bewegung Neue Ordnung (BNO) aus Brandenburger NPD-Kreisen heraus und der Erfolg des Märkischen Heimatschutzes (MHS) sind ebenfalls Beispiele für diese Entwicklung.

In der Nacht vom 1. zum 2. Juli wurden zwei Personen von Neonazis überfallen. Wie die RBB-Abendschau berichtete, können die Täter den Vereinten Nationalisten Nordost (VNN) und deren Umfeld zugerechnet werden. Dazu Torben Klaas, ein Sprecher der Autonomen Antifa Nordost [AANO] Berlin: „Wir haben in der Vergangenheit mehrfach auf die Gefährdung durch Organisationen wie die VNN oder die Autonomen Nationalisten Berlin [ANB] hingewiesen. ... Die Neonazis werden sich im Nordosten nicht widerstandslos ausbreiten!"

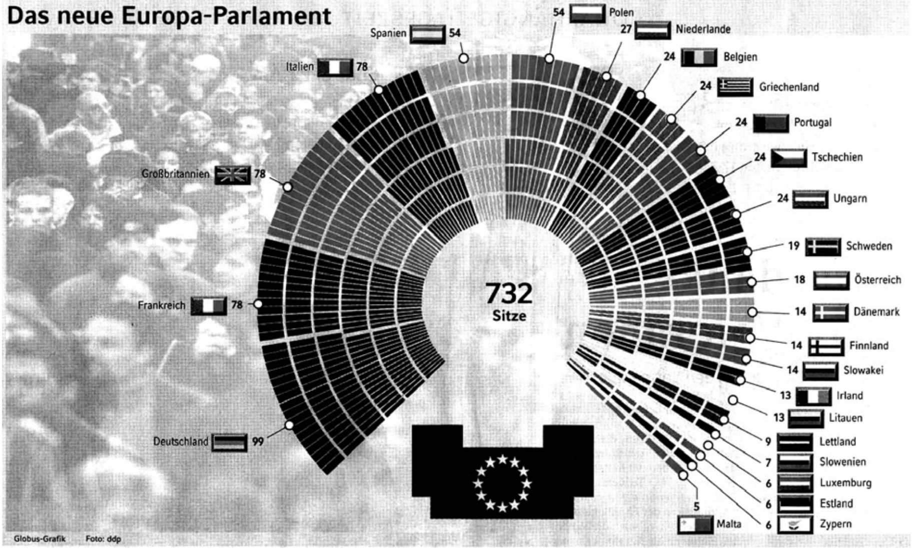
Autonome Antifa Nordost [AANO]
Berlin im Juni 2004,
aanb@mail.nadir.org
www.nordost.antifanews.de ■

EU- und Kommunalwahlen in Italien

Aufschwung für Linke Mitte – Schlappe für Berlusconis rechtsextreme Koalition

von Gerhard Feldbauer

Gleichzeitig mit den Wahlen zum Straßburger Parlament fanden in Italien Provinz- und Kommunalwahlen statt. Auf beiden Feldern lagen die Opposition (verschiedene Zentrumsparteien, Grüne, die exkommunistischen Linksdemokraten exsozialistische und republikanische Splittergruppen, Kommunisten der Rifondazione Comunista – PRC und der vor sechs Jahren von ihr abgespaltenen Partei der Italienischen Kommunisten – PdCI) und die regierende rechtsextreme Koalition Berlusconis (Forzapartei, AN-Faschisten, Lega-Rassisten und christdemokratische Anhängsel) Kopf an Kopf. Das bedeutet, die Opposition konnte ihre Ergebnisse im Vergleich vor allem mit den 2001 verlorenen Parlamentswahlen beträchtlich steigern, während die Regierungsparteien eine schwere Schlappe erlitten. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 50 Prozent.



Kommunisten mit acht Prozent

Bei den EU-Wahlen spielten durchweg innenpolitische Probleme eine Rolle. Berlusconis Forzapartei verlor dabei im Vergleich mit 2001 rund sieben Prozent und sank auf 22,3. Die AN sank von 12 auf 11,2 Prozent. Lediglich die Lega kam von 3,9 auf 4,3 Prozent, was sie ihrer demagogischen Kritik am Wirtschaftskurs Berlusconis, des Scheffelns in die eigene Tasche und der Fortsetzung der Korruption verdankt. Die Vereinten Christdemokraten (CDU) profitierten mit einer Verdoppelung der Stimmen auf rund 6,1 Prozent ebenfalls von ihrer gegenüber Berlusconi eingenommenen Distanz. Insgesamt belegte das Berlusconi-Bündnis knapp 44 Prozent, während die Opposition fast ein Prozent mehr erreichte. In Stimmen ausgedrückt sind es 1,7 Millionen Italiener mehr, die linke Mitte wählten.

Die PRC erzielte mit 5,3 Prozent einen leichten Zuwachs, die PdCI, stieg von 1,7 auf 2,8 Prozent. Das heißt, beide KPs verzeichnen gute acht Prozent.

Faschisten mit 13,5 Prozent

Neben den AN-Ergebnissen ist zu sehen, dass die „Partei der Flamme“ des Altfaschisten Pino Rauti und die „Soziale Alternative Mussolini“ ein bzw. 1,3 Prozent erreichten, womit die faschistischen Stimmen insgesamt zirka 13,5 Prozent ausmachen. Während „Die Flamme“ den „moderaten“ Kurs des AN-Führers und Vizepremiers Gianfranco Fini zurückweist und ein bedingungsloses Bekenntnis zu Mussolini fordert, versucht die „Soziale Alternative“, Mussolinis Theorien vom „linken Faschismus“ neuen Geist einzuhauchen.

Abfuhr für Sozialabbau

Noch offensichtlicher ist der Erfolg der Opposition bei der Neuwahl der Bürgermeister und Provinzpräsidenten, wo sie bereits im ersten Wahlgang in 14 von 22 Provinzen über 50 und mehr Prozent erreichte und diese Ergebnisse im Ballottaggio, dem zweiten Wahlgang, noch steigern konnte. Herausragend bei der Stichwahl: Regio Emilia 67,7, Potenza 67,4, Modena 64,8, Perrugia 64,5, Bologna 63,4, Siena 62,5, Arezzo 60,6. In Mailand, wo die Linke Mitte bereits im ersten Wahlgang 54 Prozent erhielt, ist „die letzte Hochburg des Berlusconismus zusammen gebrochen“, schrieb die römische „Repubblica“, Sprachrohr der linken Mitte. Der sich neutral gebende römische „Messaggero“ nannte Mailand „das Epizentrum eines neuen politischen Erdbebens“. Neben der Absage an den profaschistischen Kurs Berlusconis ist das Ergebnis eine Abfuhr für den hemmungslosen Sozialabbau, bei dem Italien heute schon da steht, wo Schröder und Fischer morgen hin wollen. Die Wahlen haben Berlusconi in eine tiefe Regierungskrise gestürzt. Berlusconi versucht gegen zu steuern, in dem er seinen Wirtschaftsminister Tremonti aus dem Rennen nahm.

Die nächsten Parlamentswahlen finden planmäßig im Frühjahr 2006 statt. Die Wahlerfolge haben gezeigt, dass die rechtsextreme Berlusconi-Koalition geschlagen werden kann. Die Stimmen, vor allem aus der PRC aber auch aus den Reihen der Linksdemokraten (DS) als auch des Zentrums, die schon seit längerem vorgezogene Neuwahlen fordern, werden stärker. Anlass könnte ein in Mailand gegen den Regierungschef wiedereröffnetes Verfahren wegen Beamtenbestechung liefern. Ein während seiner EU-Ratspräsidentschaft von Berlusconi selbst erlassenes Immunitätsschutzgesetz hat der Oberste Gerichtshof inzwischen für verfassungswidrig erklärt und Präsident Ciampi dagegen sein Veto eingelegt.

In der Opposition beginnt jedenfalls bereits die Diskussion, wie ein Sieg über Berlusconi bewerkstelligt werden kann. 1996 hatte die Linke Mitte noch in einem Wahlbündnis mit der PRC Berlusconi geschlagen. Die PRC stimmte danach im Parlament für die Regierung, ohne in sie einzutreten, kündigte 1998 diese Unterstützung auf, da Wahlvereinbarungen (soziale Verbesserungen, Maßnahmen gegen die faschistische Gefahr) nicht eingehalten, im Gegenteil ein rigoroser Sozialabbau betrieben wurde und die DS in nicht wenigen Fällen die Kollaboration mit der rechtsextremen Koalition suchte. Die abgespaltene PdCI trat in die Regierung ein und erhielt dafür zwei Ministerposten.

2001 lehnte die PRC angesichts des Rechtskurses der linken Mitte und des fortgesetzten Sozialabbaus ein Wahlbündnis ab, da diese programmatische Vereinbarungen verweigerte, gleichzeitig aber nach einem Wahlsieg den Eintritt in die Regierung forderte.

Fortsetzung Seite 6

Unter welchen Bedingungen ein Wahlbündnis mit der bürgerlichen Mitte ?

Gegenwärtig deutet alles darauf hin, dass es zu einem Wahlbündnis kommen wird. Offen sind die Bedingungen. Fest zu stehen scheint bereits, dass Roman Prodi, der seine Amtszeit als EU-Kommissionspräsident im Herbst 2004 beendet, für die linke Mitte antritt. Ihm allein, der 1996 die Opposition zum Sieg führte, wird zugetraut, die profaschistische Koalition ein weiteres Mal zu schlagen. In den 70er Jahren ein Anhänger des linken Christdemokraten Aldo Moro, der wegen seiner Regierungszusammenarbeit mit den Kommunisten einem reaktionären Mordkomplott zum Opfer fiel, gilt der Wirtschaftsprofessor auch heute noch als ein nach links aufgeschlossener Demokrat alter bürgerlicher Schule, der als solcher wiederholt antifaschistische Positionen bezogen hat. In Brüssel scheute er sich entgegen der allgemeinen Tolerierung von rechtsextremen Entwicklungen nicht, den faschistoiden Ausfällen, die sich Berlusconi während seiner Zeit als EU-Ratspräsident im zweiten Halbjahr 2003 leistete, entgegen zu treten. Es ist jedoch auch zu sehen, dass Prodi die EU zum imperialistischen Gegenpol der USA machen will. Er ist Vorsitzender der Demokratischen Partei, die sich als authentischer Nachfolger der untergegangenen großbürgerlichen Democrazia Cristiana fühlt. Seine „Liste Prodi“ erhielt bei den jüngsten Wahlen rund 30 Prozent Stimmen.

Die PRC hatte auf ihrem Parteitag im April 2002 eine neue Aktionseinheit mit den DS vorgeschlagen, um auf dieser Basis eine erneuerte Linke Mitte zu formieren. Dann schlug sie eine „Neukonstrukturierung der Linken“ aus PRC, PdCI, linker DS-Basis und weiterer sozialer Gruppierungen, darunter die Anti-Globalisierungs-Bewegung, vor. Die revisionistischen Zugeständnisse der PRC verwässerten jedoch das Projekt, das in der Substanz an den eurokommunistischen Vorstellungen der 70er Jahre anknüpfte.

Andererseits wird die praktische Politik der PRC noch immer beträchtlich von dem auf dem Kongress 2002 angenommenen Aktionsprogramm bestimmt, in dem die Partei sich zu Antikapitalismus, einer sozialistischen Perspektive und einer konsequenten Antikriegsposition bekannte.

Eine neue Zäsur markierte die vor allem von der PRC zusammen mit der deutschen PDS getragene Initiative zur Gründung der Partei der Europäischen Linken, die PRC-Sekretär Fausto Berttinotti zu ihrem Vorsitzenden wählte. Das Projekt ähnelt verblüffend der für Italien verkündeten Neukonstruktuierung einer „neuen Linken“, in das die PRC allerdings wenig von ihrem an der Basis dominierenden Kampfgeist einbrachte. Als Aktionseinheit von sozialistischen, linkssozialdemokratischen und kommunistischen Parteien könnte das ein akzeptables Projekt sein. Als Modell einer europäischen Linkspartei erscheint es jedoch mehr als ein pluralistisches Konglomerat denn als aktionsfähige linke Kraft, zumal ein Bekenntnis zum Marxismus fehlt.

Aktionseinheit oder opportunistischer Kompromiss

Deshalb ist zu befürchten, dass die PRC auch für ein Wahlbündnis mit der bürgerlichen Mitte substanzielle Kompromisse eingehen wird, die ihre kommunistische Identität weiter untergraben.

Wie bei bürgerlichen Wahlen üblich, spielt der Einfluss der führenden Kapitalkreise eine wichtige Rolle. Berlusconi, der als größter Kapitalist des Landes antrat, das gesamte Kapital zu vertreten, stößt mit seinem Rechtsextremismus und seiner Politik der persönlichen Bereicherung inzwischen auf den Widerstand des liberalen Flügels der Großbourgeoisie, der bisher von den Agnellis, den Besitzern des Industrie- und Rüstungsgiganten FIAT, angeführt wurde. Die Linke Mitte erhofft sich die Unterstützung dieser Kreise, die unter den Agnellis 1996 offen Prodi favorisiert hatten, weil sie erwarteten, dass in dieser Koalition die Linksdemokraten besser in der Lage seien, den Arbeiterwiderstand gegen den Sozialabbau abzufangen.

PRC, PdCI und DS stehen vor der Aufgabe, sorgfältig abzuwägen, ob und wie bestimmte Widersprüche zwischen den verschiedenen Gruppen der Großkapitals für den Kampf gegen Berlusconi genutzt werden können. Keinesfalls kann es darum gehen, sich vor deren Karren spannen zu lassen und, wie nach dem Wahlsieg von 1996, die auf den Reformismus setzende Expansionspolitik von Konzernen wie dem Kriegsproduzenten FIAT mitzumachen und den Sozialabbau mitzutragen.

Die Frage steht, ob ein Wahlbündnis und überhaupt eine neue linke Mitte auf der Grundlage einer Aktionseinheit oder eines vergleichbaren einheitlichen Handelns der Linken oder auf der Grundlage opportunistischer Vereinbarungen ihrer Führungen mit der bürgerlichen Mitte zu Stande kommt. Ersteres setzt eine Konzeption voraus, die den Sozialabbau nicht nur beendet, sondern die rigorosen Einschränkungen der sozialen Rechte und demokratischen Freiheiten rückgängig macht und eine klare Antikriegsposition einnimmt, wozu eine entschiedene Ablehnung des im EU-Verfassungsentwurf verankerten Militarisierungskurses und der Rückzug des italienischen Polizeikontingents aus Irak gehören müssen. Von der PRC erfordert es, entschieden auf der Grundlage ihres auf dem Parteitag 2002 beschlossenen Aktionsprogramms zu handeln. Der Ausgang ist noch nicht abzusehen.

Gerhard Feldbauer ■

„Sonnwendfeiern“

Österreich. Rund um den 21. Juni beging das rechtsextreme und deutschnationale Milieu seine obligaten „Sonnwendfeiern“. Die niederösterreichische FPÖ-Obfrau Barbara Rosenkranz lud am 18. Juni wieder ins heimatliche Seebarn, wo der designierte FPÖ-Europaabgeordnete Andreas Mölzer die „Feuerrede“ hielt. Er agitierte einmal mehr gegen „ein islamisches Europa, in dem schrankenlose Zuwanderung aus einem Land wie die Türkei kommt, einem Land, in dem 60 Prozent der Menschen unter 20 Jahre alt sind“. Aus einem EU-Mitgliedsland Türkei würden laut Mölzer „Hunderttausende, wenn nicht Millionen zwangsläufig zu uns“ kommen. Dadurch würden „unsere Identität, unser gewachsenes Volkstum, unsere Heimat“ gefährdet.
Rosenkranz sprach dann einen Tag später in Großrußbach. In ihrer „Feuerrede“ verlangte sie, dass die „Gesetze, die in der Natur zu finden sind [...], der Gestaltung unseres Gesellschaftslebens“ zugrunde gelegt werden.
Die größte „Sonnwendfeier“ fand wieder am Wiener Cobenzl statt. Zu dieser lud am 21. Juni die Österreichische Landsmannschaft (ÖLM) gemeinsam mit dem Wiener Korporationsring (WKR). Eröffnet wurde sie von Walter Sucher, „Alter Herr“ der Burschenschaft Olympia und Vorsitzender des Ringes Volkstreuer Verbände, der die Westalliierten „Kreuzritter“ nannte, die vor 60 Jahren begonnen hätten, „Europa – unter Anführungszeichen – zu ‚befreien‘“. Darauf folgte der Beitrag der Mädelschaft Freya in Reimform: „Die Fremden wollen hier ihr Leben gestalten, sich nicht an unsere Gesetze halten. Zur Anpassung sind sie selten bereit, und sie wissen zu nehmen, in kürzester Zeit. So erdrücken sie uns und nützen uns aus, bestellen auf unsere Kosten ihr Haus. Sie leben von dem, was wir geschaffen, sie brechen Gesetze mit Rauschgift, mit Waffen.“ Die „Feuerrede“ hielt Jochen Leidl (Burschenschaft Silesia). Als „deutschnational denkende[r] und fühlende[r] Mensch[en]“ weiß Leidl, dass überall dort, wo „Lebensräume von Völkern durchmischt werden, [...] diese auf Dauer in Konflikte [geraten]“. Die „Fremden“ würden nicht nur „schon bestimmte Bezirke in den Großstädten mehrheitlich bevölkern“, sondern „auch am Land [...] das Dorfbild durch ihre Sprache, ihre religiöse Kleidung, ihr fremdländisches Aussehen, ihre Mentalität [verändern]“.

www.doew.at ■

Im Namen des Volkes

Bundesgerichtshof stellt Verfahren gegen den „Henker von Genua“ ein

Etwa zwei Jahre nach seinem Beginn endete der „letzte große NS-Kriegsverbrecherprozess“ mit einem handfesten Justizskandal: Der Bundesgerichtshof (BGH) stellte Ende vergangener Woche das Verfahren gegen den ehemaligen SS-Offizier Friedrich Engel ein – aus Altersgründen und weil die ihm zur Last gelegte Massenexekution so lange zurück liegt.

Der „Henker von Genua“ wurde seit 1945 von den Alliierten als Kriegsverbrecher gesucht, 1999 in Italien in Abwesenheit wegen 246fachen Mordes zu lebenslänglich und im Juli 2002 vom Landgericht Hamburg wegen 59fachen Mordes zu siebenjähriger Haft verurteilt, die ihm aufgrund seines Alters jedoch erlassen wurde. Gegen das Hamburger Urteil legten seinerzeit sowohl Verteidigung als auch Staatsanwaltschaft Revision ein, der Anwalt hatte Freispruch und der Staatsanwalt lebenslänglich beantragt.

Darüber verhandelte jetzt der 5. Strafsenat des BGH in Leipzig. Alter schützt zwar vor Torheit nicht, aber scheinbar davor, von der bundesdeutschen Gerichtsbarkeit für grausame NS-Verbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das Urteil ist ein Skandal und ein Schlag ins Gesicht für alle Opfer des Faschismus und ihre Angehörigen.

Bis 2001 führte der ehemalige Holzhändler Friedrich Engel ein beschauliches Rentnerdasein im Hamburger Stadtteil Lokstedt. Dann geriet er als „Todesengel von Genua“ in die Schlagzeilen, denn ganz so harmlos, wie alle glaubten, war der „nette Herr von nebenan“ nicht: Engel war 1944 und 45 SS-Obersturmbannführer und Leiter der Sicherheitspolizei in Genua. Wegen seiner Grausamkeit erhielt er den Beinamen „Henker von Genua“ und 1944 das Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern. Als Vergeltung für einen Partisanenangriff auf ein Militärkino ließ er 59 Gefangene hinrichten, die an Widerstandsaktionen gegen die faschistischen Besatzer beteiligt waren. Einige von ihnen waren für den Dienst in der Wehrmacht zwangsrekrutiert worden. Sie verweigerten den Wehrdienst, obwohl sie wussten, dass sie damit ihr Leben aufs Spiel setzen. Für ihre mutigen Taten wurden sie eingesperrt und im Knast in Marassi gefoltert, in dem Oberleutnant Karst ein brutales Regime führte. Dort wählte Engel persönlich die Todeskandidaten aus. Das bestritt er vor Gericht auch nicht, allerdings behauptete er bis zum Schluss, keine Verantwortung für die Hinrichtung der von ihm selektierten Gefangenen zu tragen. Zwanzig der Ermordeten waren unter zwanzig Jahre alt, fünf sogar unter achtzehn. Am frühen Morgen des 19. Mai 1944 erhielten die Gefangenen den Befehl, sich für die Abreise fertig zu machen - ohne Gepäck. Das sichere Todesurteil, das war ihnen allen klar. Sie wurden zum Turchino-Pass gebracht. Dort hatte eine Gruppe von jüdischen Gefangenen, die anschließend nach Auschwitz deportiert wurden, unter Peitschenhieben das Grab für die Partisanen schaufeln müssen. Über dieser Grube wurden die Männer dann einer nach dem anderen erschossen. Dem Protokoll der Vernehmung eines Mitarbeiters von Engel durch die Alliierten zufolge ließ Engel aus Anlass der Massenerschießung belegte Brötchen und 30 Flaschen Cognac servieren.



Eine Gruppe italienischer Partisanen wird zur Erschießung geführt, Provinz Novara 1944

Die Kammer in Hamburg beanstandete jedoch nicht den Massenmord als solchen: „Partisanen, modern ausgedrückt, Terroristen“ hinrichten zu lassen, sei eine im Zweiten Weltkrieg durchaus legitime „Kriegsrepressalie“ gewesen, erläuterte Staatsanwalt Jochen Kuhlmann. Lediglich die Methode der Exekution sei zu verurteilen, niemand habe befohlen, sie auf so grausame Art und Weise durchführen zu lassen. Der Vorsitzende Richter Rolf Seedorf folgte dieser Argumentation in seiner Urteilsbegründung.

Das milde Strafmaß begründete Seedorf mit dem Alter des damals 93-jährigen Angeklagten sowie der langen Zeitspanne, die zwischen der Tat und dem Urteil läge. Aus denselben Gründen stellte das BGH das Verfahren jetzt ein. Die Leipziger Richter hatten zunächst das Urteil des Landgerichts Hamburg aufgehoben. Sie teilten zwar die Überzeugung, dass Engel für die Massenexekution strafrechtlich verantwortlich gewesen sei, beanstandeten jedoch, dass die Hamburger Richter den Mordvorwurf nicht ausreichend begründet hätten. Die Folge der Urteilsaufhebung wäre gewesen, dass der Prozess völlig neu hätte aufgerollt werden müssen. Die Richter bezweifelten jedoch, dass das Verfahren hätte rechtskräftig abgeschlossen werden können. Sie gingen davon aus, dass bei dem Angeklagten aufgrund seines Alters bald mit einer „beträchtlichen Minderung seiner Verhandlungsfähigkeit“ zu rechnen wäre – also stellten sie es gleich ganz ein. Außerdem monierten sie, dass die Ermittlungen gegen Engel „unbegreiflich spät“, erst Ende der 90er Jahre eingeleitet wurden. Diese Tatsache setzte nicht nur die Richter in Leipzig in Erstaunen, sondern auch ehemalige Kameraden und Angehörige der Opfer des Massenmordes vom Turchino-Pass. Schließlich wurde seitens der Hamburger Staatsanwaltschaft schon Anfang der 60er Jahre gegen Engel ermittelt. Eigentümlicherweise war die Akte jedoch verschwunden. Während des Prozesses 2002 in Hamburg tauchte sie wieder auf – angeblich war sie dem Schriftsatz eines anderen großen Verfahrens beigelegt gewesen. Für das laufende Verfahren spielte sie aber keine Rolle, laut Staatsanwaltschaft handelte es sich lediglich um schriftliche Anschuldigungen eines Bekannten, mit dem Engel sich zerstritten hatte.

Der Holzhändler aus Lokstedt ist nicht der einzige NS-Kriegsverbrecher, der jahrzehntelang völlig unbehelligt ein schönes Leben führen konnte. Zu dem Zeitpunkt, als der Engel-Prozess dem Hamburger Landgericht lief, waren noch weitere 20 Verfahren gegen noch lebende Altfaschisten anhängig. Der ehemalige Aufseher der „Kleinen Festung Theresienstadt“ Anton Malloth lebte die ganzen Jahre seit Kriegsende zunächst in Meran, anschließend in München. Die Staatsanwaltschaft Dortmund, die die Ermittlungen in Bezug auf Theresienstadt leitete, ignorierte scheinbar jahrzehntelang alle Hinweise auf den heute 92-Jährigen, bis er 2000 dann schließlich doch verhaftet wurde. Im Mai 2001 verurteilte ihn das Landgericht München wegen dreifachen Mordes zu lebenslanger Haft. Im Gegensatz zu Engel musste Malloth diese Strafe absitzen, erst kürzlich wurde die Haft wegen seines Gesundheitszustands unterbrochen.

Birgit Gärtner ■

Antifaschistische Aufräumaktion

HOLLE/DERNEBURG/ASTENBECK. Seit Ostern hatte es in Holle, Derneburg und Astenbeck (etwa 7 000 Einwohner) vermehrt faschistische Schmierereien gegeben. Hakenkreuze und antisemitische, antikommunistische, nationalistische und rassistische Hetzparolen. Betroffen waren unter anderem Asylbewerberheim, Schule, Jugendraum am Bahnhof Holle/Derneburg, Bahnhof, Sandsteinmauer in Derneburg, Pizzeria, Döner-Läden, REWE, Schuhcontainer gegenüber der Schule, Rathaus, Polizeistation, ein Scheunentor und eine Verkaufsbude, Wahlplakate von PDS und SPD, ein Elternwohnhaus eines PDS-Mitglieds, die Mauer gegenüber der Wohnung der SPD-Bürgermeisterin. Da die Gemeindeverwaltung Holle sehr langsam – um nicht zu sagen lahm bis überhaupt nicht - die Beseitigung dieser faschistischen Provokationen vornahm, wenn man mal von den direkt im Gemeindebesitz befindlichen Gegenständen und Liegenschaften absieht – rief ein antifaschistisches Bündnis unter dem Motto „Wir räumen auf!“ zu einem Antifaschistischen Frühjahrsputz am 11.6.2004 auf. Wir trafen uns nachmittags vor der Schule. Die Gemeinde wurde zuvor von der Aufräumaktion informiert. Die Reaktionen des Bürgermeisters Huchthausen (SPD) und weiterer Verantwortlicher in der Gemeindeverwaltung waren völlig unangemessen: So mailte der Leiter des Bauamtes Morgener:

„Entgegen der haltlosen Behauptung in Ihrem Flyer hat die Gemeindeverwaltung jeweils recht zügig bei der Beseitigung der Schmierereien mit Hakenkreuzen und Parolen gehandelt.

Nach polizeilicher Erfassung und Freigabe wurden die Schmierereien umgehend beseitigt.

Auf dem Grundbesitz der Gemeinde Holle befinden sich derzeit keine sichtbaren Schmierereien !!!

Ich kann nicht ausschließen, dass möglicherweise an privaten Gebäuden oder Objekten noch derartige Schmierereien sichtbar sind. Wenn das der Fall seien sollte, ist für die Beseitigung allein der Eigentümer verantwortlich.“

Die VVN/BdA wies in der Antwort darauf hin, dass seit zwei Monaten am Schuhcontainer vor der Schule, der im Gemeindeauftrag durch die Privatfirma AKB in Bockenem aufgestellt wurde, das weit sichtbare Hakenkreuz nicht entfernt wurde. Sie bat darum, dass die Gemeinde bei dem Unternehmer noch mal Druck macht, um das Hakenkreuz noch vor unserer Aktion zu entfernen. Herr Hilge (Ordnungsangelegenheiten) hatte im Auftrag von dem Bürgermeister Huchthausen bei dem presserechtlich Verantwortlichen des Flyers angerufen, und darum gebeten(!), doch das Hakenkreuz am Schuhcontainer nicht zu entfernen, darum kümmere sich die Gemeinde schon (nach zwei Monaten (!)), sie habe beim Unternehmer deshalb angerufen.



Kurz, wir wollten also nun das Hakenkreuz am Schuhcontainer übermalen, da die Gemeinde eben nicht rechtzeitig dafür gesorgt hatte – es endlich zu entfernen – da fuhr ein Zivilfahrzeug mit dem Polizeioberkommissar Lütgens vom 4. Kommissariat der Kripo Hildesheim in Zivilkleidung vor. Begleitet war er vom uniformierten Polizeihauptkommissar Hans-Werner Kindervater. Mit dem Hinweis, dies sei eine nicht angemeldete Demonstration und das Übermalen des Hakenkreuzes am Schuhcontainer sei Sachbeschädigung wurde den etwa 15 Antifaschisten die Beseitigung bei Androhung der gewaltsamen Auflösung der Versammlung verboten. Die Einrede, hier sei eine normale Aufräumaktion im Gange – so wie es beispielsweise die CDU jeden Frühjahr bei den Straßengräben mache – wischten die Polizisten mit der Behauptung weg, auch dafür bräuchte die CDU eine Genehmigung – was wir nicht so recht glaubten...

Das Zeigen der VVN/BdA-Fahne wurde ebenso verboten, wie das Zeigen der PDS-Fahne (die sich übrigens im Wahlkampf befand... (Wahlbehinderung?)). Bei Androhung der Zerstörung des Bildmaterials verboten die beiden Polizisten, ein Foto von ihrem öffentlichen Auftritt in Amtshandlung zu machen. Dies sei angeblich das Recht am Bild. Hier wurde das Recht auf Pressefreiheit mit Staatsmacht-Füßen getreten. Da das Übermalen des Hakenkreuzes vor der Schule nicht möglich war, beseitigten wir zunächst ein Hakenkreuz an der Sandsteinwand der Scheune des Bauernhofs Jordan. Dies konnte die Polizei nicht verhindern, da wir zuvor das Einverständnis des Bauern eingeholt hatten. Das Gleiche war mit einer Parole an der Sandsteinmauer in Derneburg, wo der Eigentümer extra spezielle Beize zur Verfügung stellte. Die Parole am Kirschverkaufshäuschen auf dem Parkplatz Astenbeck an der B6 wurde übergemalt. Zum Schluss der Aktion nahmen wir uns den Schuhcontainer noch einmal vor. Ein PDS-Europawahlplakat wurde etwas abgewandelt – die Parole „Es reicht!“ wurde mit Tesa über das Hakenkreuz geklebt.

Das Ziel der Aktion wurde trotz der Versuche der Polizei, die Antifaschisten von der öffentlichen Wahrnehmung zu isolieren, erreicht. Sämtliche faschistischen Parolen und Symbole wurden beseitigt. Nach einigen Tagen wurde auch der Schuhcontainer auf Betreiben der Gemeinde grün überstrichen. Obwohl sich ein Nazi-Sprayer etwa zehn Tage nach der Aktion traute, erneut zu sprühen – erfolgt die Beseitigung innerhalb weniger Tage. Auch so gesehen, hat die Aktion eine antifaschistische Sensibilisierung bewirkt.

raj ■

Die Fortsetzung des Holocaust und Schilys Versammlungsrechtsänderung

Es war am 26. Juni in Bochum. Antisemitische Reden wurden gehalten, von einem Mann, der sich zum „antijüdisch sein“ bekannte; das ist nicht neu in dieser Republik mit – laut Umfragen – rund 20 Prozent antisemitisch denkenden Menschen. Dennoch war es ein historischer Tag. Der Führer an der Spitze des hysterisch pogromhetzenden NPD-Aufmarsches „Gegen Steuergelder für den Synagogenbau“ bedankte sich bei den Antifaschisten, für ihre Protesterklärung: „Wenn sie sagen, dies sei die erste antijüdische Anti-Synagogen-Demonstration seit 1945, so bedanken wir uns für das Kompliment.“

Erstmals seit Ende des Rassenwahns der Nazis, der zum industrieartig vollführten Massenmord an sechs Millionen Juden, 25 Millionen Slawen und einer halben Million Sinti und Roma führte, durften Faschisten mit höchstrichterlichem Segen nicht etwa nur den Holocaust leugnen – was verboten wäre –, sondern seine Fortsetzung propagieren. Das Bundesverfassungsgericht machte es möglich. Es sieht diese Mordhetze als „missliebige Meinung“ an.

Die höchsten Verfassungsrichter wie auch Verwaltungsjuristen des Landes Nordrhein-Westfalen hatten hingegen schon lange einen juristischen Stopp der eskalierenden Nazihetze im Lande vorgesehen, indem sie urteilten: Eine rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren (Beschluss des OVG NRW, Az 5 B B 585/01). Diese Entscheidung, die seit drei Jahren immer wiederholt und vom Bundesverfassungsgericht mehrfach aufgehoben wurde, liegt auf der Linie des Grundgesetzes, das in Artikel 139 zur „Weitergeltung der Entnazifizierungsvorschriften“ bestimmt: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus’ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Das heißt: Faschisten können sich nicht auf Grundrechte für Meinungs- und Versammlungsfreiheit berufen, wenn sie den Nationalsozialismus fortsetzen wollen.

Die höchsten Richter von NRW bestimmten bisher bei Versuchen zu antisemitischer und rassistischer Pogromhetze, dass Versammlungen, die den Wertmaßstäben der Grundrechte und der verfassungsmäßigen Werteordnung zuwiderlaufen, indem sie für die hauptsächlichen Ziele des Nationalsozialismus eintreten, unmittelbar die öffentliche Ordnung gefährden. Die grundgesetzlich geschützte Versammlungsfreiheit trete zurück, wenn dies im Rahmen einer Güter- und Interessenabwägung zum Schutz anderer mindestens gleichwertiger Rechte notwendig sei.

Nun hat sich auch der Bundesinnenminister zum Versammlungsrecht geäußert und seine Änderung verlangt. Dies wäre gar nicht nötig gewesen, wenn man nur das Grundgesetz und die Grundrechte zugrunde legte. Doch Otto Schily plant den großen Wurf gegen alle „Extremisten“. Das Versammlungsverbot für Extremisten soll eintreten, so der Minister laut „Spiegel online“, wenn diese gedächten, an Orten von ehedem „menschenunwürdiger Behandlung“ zu demonstrieren. Auch wenn sie „Gewalt- und Willkürherrschaft“ oder „Terrorismus“ verherrlichten oder verharmlosten, würden die Extremisten damit den öffentlichen Frieden gefährden.



Wir erfahren nicht nur aus den Verfassungsschutzberichten, dass die Antifaschisten von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/BdA als Extremisten gelten, die DKP-Anhänger ohnehin. Sollten sie vor KZ-Gedenkstätten ihrer ermordeten Kameradinnen und Kameraden, ihrer Genossinnen und Genossen gedenken wollen, sollten gar sozialistische und kommunistische Ideale hochgehalten werden, so hätte Schily mit seinem „Antitotalitarismus“ und „Antiextremismus“ eine gute Handhabe dagegen. Nimmt man noch das Verbot der „Hasspredigten“ hinzu, dann kann nunmehr jede klassenkämpferische Rede zur Aufreizung zum Klassenhass und zum Terrorismus gestempelt und verboten werden. Demos gegen „Verschwendung öffentlicher Gelder zugunsten von privaten Gotteshausbauten“ wie am 26. Juni in Bochum würden bei diesen Maßstäben hingegen gut wegkommen.

Der „Testfall von Bochum“, wie er in vielen Erklärungen genannt wurde, muss nun zum Testfall für die Demokratie schlechthin, für das Grundgesetz werden. Auf den Verfassungsminister in Berlin wie auf das Verfassungsgericht von Karlsruhe können die Demokraten und Antifaschisten dabei nicht bauen, im Gegenteil. *Ulrich Sander* ■

PS: Entgegen aller üblichen Praxis hat nicht die erste Kammer des Bundesverfassungsgerichtes eine Eilentscheidung getroffen, sondern der gesamte erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes unter Vorsitz seines Präsidenten hat entschieden, dass Nazis wieder gegen jüdische Einrichtungen hetzen dürfen. Der Präsident des BVerG, der vierthöchste Repräsentant des Staates, hat diesen Beschluss also auch unterschrieben.

Tabus gebrochen

Für die Neonazis, die nach Bochum gekommen waren, war es eine Zäsur. Sven Skoda, „freier Nationalist“ aus Düsseldorf und zurzeit Student in den Niederlanden, feierte die „wohl erste Demonstration gegen Synagogenbau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Für „uns nationale Sozialisten“ gebe es „heutzutage nur noch wenige Tabus, die gebrochen werden könnten. Heute brechen wir eines davon“, brüllte er mit sich beinahe überschlagender Stimme ins Mikrofon. Und um auch noch dem letzten aus dem Fußvolk die historische Bedeutung dieses Tages deutlich zu machen, attestierte er ihnen: „Jeder Teilnehmer, der heute hier steht, gibt lebendes Zeugnis davon, schreibt Geschichte und wird in der Kampfzeit Erwähnung gefunden haben.“

Unbeanstandet wurde gegrölt: „Hopp hopp hopp - Synagogenstopp“, „Stoppt den Synagogenbau - wir sind das Volk“ oder „Wir sind dabei – Bochum synagogenfrei“, und man darf getrost vermuten, dass sie die Ruhrgebietsstadt – und nicht nur diese – am liebsten nicht nur „synagogenfrei“, sondern „judenfrei“ sähen. Axel Reitz, notorischer Antisemit vom Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS), gab den Ton vor, als er Juden – von ihm als „Langnasen“ tituliert – empfahl, zu „verschwinden aus diesem Lande“. Inzwischen hat die Polizei angekündigt, dass sie auf der Basis ihrer Videoaufnahmen die Einleitung von Strafverfahren prüfe. Am Demonstrationstag selbst wurde gegen NPD-Landesvize Claus Cremer wegen einer Passage seiner Rede ein Ermittlungsverfahren eingeleitet: Der bei dem Aufmarsch anwesende Staatsanwalt ging von einem Anfangsverdacht der Volksverhetzung aus.

aus dem aktuellen „blick nach rechts“, www.bnr.de ■

Revolutionäre Aktion Stuttgart, Presseerklärung

Polizei überzieht linke und antifaschistische Jugendliche in der Region um Schwäbisch Gmünd mit massiver Repression

Am 8. Mai diesen Jahres kam es in Pfahlbronn bei Lorch (Ostalb-Kreis) zu einem Angriff von AntifaschistInnen auf eine Gruppe Neonazis. Die Nazis konnten auf dem Fest des dortigen Tauziehvereins zuvor weitgehend ungestört den Hitlergruß zeigen und Menschen bedrohen und zusammenschlagen. Seit diesem Vorfall vor über sechs Wochen überzieht der Staatsschutz der Polizeidirektion Waiblingen die regionale linke und antifaschistische Szene und deren Umfeld mit massiver Repression.

Seit langem sind Dorffeste in der Region um Backnang, Lorch und Schwäbisch Gmünd Anlaufpunkt für die regionale Nazi-Szene. Übergriffe, Bedrohungen, Pöbeleien und Einschüchterungen vor allem gegen MigrantInnen und Linke sind eher die Regel als eine Ausnahme. Der Abend des 8. Mai verlief also für mehrere Dutzend Nazis zunächst wie gewohnt. Sie begrüßten sich im Bierzelt mit dem Hitlergruß, bedrohten Linke und gingen auf mehrere jüngere Punks los, was im Getümmel des Festes noch nicht einmal groß für Aufsehen sorgte. Die Polizei und die Veranstalter sahen keinen Grund zum Einschreiten. Erst der Angriff einer Gruppe militanter AntifaschistInnen auf den Nazi-Mob, bei dem mehrere Nazis verletzt wurden, brachte Abwechslung in den Verlauf des Abends.

Diesen Vorfall nimmt die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei Waiblingen zum Anlass, um groß angelegt gegen Linke aus der Region vorzugehen und zu versuchen, aktive Linke einzuschüchtern. Mit einem ungeheuren Aufwand werden schon seit mehreren Wochen Menschen aus der linken und der Punk-Szene von der Polizei vorgeladen, weit mehr als 100 Menschen verhört und mindestens drei Hausdurchsuchungen durchgeführt, bei welchen u.a. Computer und persönliche Unterlagen beschlagnahmt wurden. Mindestens fünf Personen, die angeblich an dem besagten Abend auf dem Fest von Zeugen gesehen wurden und der Linken zuzuordnen sind, sehen sich mit Anzeigen wegen „besonders schwerem Landfriedensbruch“ konfrontiert. Einigen wurden sogar DNA-Proben entnommen. Außerdem wurden mehrere Jugendliche ohne richterliche Grundlage zuhause von der Polizei „besucht“ und unter Druck gesetzt.

Dass es um mehr geht als um die Ermittlung von Leuten, die bei dieser Bierzelt-Schlägerei beteiligt waren, ist offensichtlich. So spricht der Vorwurf des besonders schweren Landfriedensbruchs Bände, da eine Verurteilung mit diesem Vorwurf mehr als unwahrscheinlich ist und Ermittlungen wegen diesem Paragraphen offensichtlich nur das massive Vorgehen der Polizei rechtfertigen sollen. Dazu passt auch die Tatsache, dass bei den Ermittlungen die angeblich der Aufklärung einer Schlägerei dienen sollen, persönliche Unterlagen, Computer, usw. beschlagnahmt wurden. Auch die offenen Drohungen der Staatschützer, die „verhindern wollen dass in Schwäbisch Gmünd irgendwas entsteht“ (O-Ton) – womit sie organisierten linken und antifaschistischen Widerstand meinen – spricht für sich. Schon während der Kampagne Antifaschistische Kehrwochen, bei welcher Ende letzten Jahres durch Demonstrationen und Veranstaltungen auf die Aktivitäten der Naziszene in dieser Region aufmerksam gemacht wurde, versuchten sie Druck auf Linke in Schwäbisch Gmünd auszuüben, um zu verhindern, dass diese sich an der Kampagne beteiligen.



Die politisch motivierten Ermittlungen des Staatschutzes

Tatsächlich zog die besagte Aktion gegen die Nazis einige Erfolge nach sich und war somit zunächst sicher dazu geeignet, zur Nachahmung anzuregen und den antifaschistischen Kräften Auftrieb zu verschaffen. So wurde die Normalisierung des offenen Auftreten der Nazis durch die aufsehenerregende Aktion durchbrochen. Nach der Aktion wurde beispielsweise selbst in den bürgerlichen Zeitungen offen die Präsenz von Nazis auf den Dorffesten thematisiert, was zuvor kaum jemanden zu stören schien. Dies hat sogar dazu geführt, dass seit dem besagten Abend allen Nazis, die als solche zu erkennen sind, auf einigen Festen von den Veranstaltern der Zutritt verweigert wird. Ob dies aus tatsächlicher antifaschistischer Positionierung der Veranstalter heraus erfolgt, oder aus der Angst vor erneuten militanten antifaschistischen Aktionen, sei einmal dahingestellt, einen konkreten Erfolg stellt es allemal dar. (...)

Gerade diese positiven Folgen der Aktion sowie die Tatsache, dass sich in der Region überhaupt wieder etwas an linker Bewegung tut und nicht die paar verletzten Nazis sind es, die den Staatschutz veranlassen mit einer so massiven Repression gegen Linke vorzugehen. Es geht darum, zu verhindern, dass die Aktion zu weiterer Gegenwehr gegen Nazis führt und die antifaschistischen Kräfte in der Region stärkt.

Dabei geht der Staatsschutz auf verschiedenen Ebenen vor. Hausdurchsuchungen und Anzeigen dienen der Einschüchterung, es soll vermittelt werden, dass der Arm des Gesetzes auch zuschlagen kann und antifaschistische Aktivitäten viele Probleme nach sich ziehen können. Informationen über die komplette linke Szene in der Region und deren Umfeld werden gesammelt und versucht, Erkenntnisse über überregionale Zusammenhänge zu erhalten, um auch zukünftig gezielt gegen die linken Strukturen vorgehen zu können. Auch die Desinformation, die dem Zweck dient, die antifaschistischen Aktivitäten möglichst brutal und menschenverachtend darzustellen, ist Teil ihrer Strategie. So wird versucht, den Angriff auf die Nazis als Aktion von Chaoten darzustellen, die in ihrer Gewalt-Geilheit auch Unbeteiligte verletzten. Dabei ist bekannt, dass Unbeteiligte von Bierkrügen und Gläsern, die ausschließlich von Seiten der Nazis geworfen wurden, verletzt wurden, während die AntifaschistInnen gezielt gegen die Nazis vorgingen.

Wir fordern die sofortige Einstellung der politisch motivierten Verfahren und das Ende der Einschüchterungsversuche des Staatschutzes!

Weitere Informationen bei: AG Antifa Revolutionäre Aktion Stuttgart, c/o Infoladen Ludwigstr. 110a 70197 Stuttgart, mail: ag_antifa@hotmail.com internet : www.revolutionaere-aktion.de.am ■

Aufruf zum 20. Juli:

Gegen jede neue Auschwitzlüge. Gegen die antisemitische Provokation von Bochum. Für das Widerstandsrecht und die Verfassung.

Als vor fünf Jahren deutsche Flugzeuge wieder jugoslawische Orte bombardierten, da wurde dies von der Bundesregierung mit der notwendigen Konsequenz aus Auschwitz begründet. Wir Opfer des Faschismus, Überlebende des Holocausts und Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand verurteilten mit einer weltweit beachteten Erklärung diese neue Art der Auschwitzlüge.

Wenn es nun erstmals seit 1945 in einer deutschen Großstadt möglich wurde, dass Nazis der NPD mit einer antijüdischen pogromhetzerischen Zusammenrottung gegen den Bau einer Synagoge aufmarschierten, rassistische Losungen brüllten und der Hinweis von Antifaschisten auf die mörderische Kontinuität der Aufmarschierenden von diesen mit „Dank für das Kompliment" beantwortet wurde, dann sehen wir uns erneut in der Verantwortung.

Gerade weil wir für die Einhaltung und Erhaltung des Grundgesetzes eintreten, können wir nicht hinnehmen, dass drei höchste deutsche Richter auch diesen antisemitischen Aufmarsch zum Ausdruck der Meinungsfreiheit umfälschen. Wenige Tage vor dem 20. Juli, der als 60. Jahrestag des Widerstandes von Offizieren gegen Hitler begangen wird, welche die Befolgung von unmenschlichen Befehlen aufkündigten und sich widersetzten, rufen wir auf:

Antisemitismus und Faschismus sind keine Meinungsäußerungen – sie sind Verbrechen. Jeder und jede ist zum Widerstand dagegen aufgerufen. Die Befolgung von Befehlen und Richtersprüchen, die faktisch Förderung von Antisemitismus und Faschismus darstellen, ist nicht mit dem Grundgesetz, mit der Menschenwürde (Artikel 1) und dem Recht auf Widerstand (Artikel 20) vereinbar.

Wir rufen dazu auf, am 20. Juli überall für den antifaschistischen Widerstand, gegen den Antisemitismus zu demonstrieren, und zwar insbesondere mit Aktionen vor dem Bochumer Polizeipräsidium und dem Sitz des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe.

Peter Gingold und zahlreiche weitere ■

Gesichter des Widerstandes – Diskussion zum 60. Jahrestag des 20. Juli 1944

Mit Ludwig Baumann (Deserteur), Franz von Hammerstein (20. Juli), Hans Coppi (Rote Kapelle), Lore Krüger (Resistance), Hanna Podymachina (Rote Armee), Kurt Goldstein (Spanienkämpfer), Ger van Roon (Historiker, NL) Moderation: Prof. Dr. Heinrich Fink (VVN-BdA)
20. Juli 2004 – 18.00 Uhr – Senatssaal der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, Berlin. Veranstalter: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), StudentInnenparlament der Humboldt-Universität

Erfolgreicher Protest gegen rechtsextremes Tagesseminar

Am Samstag, den 10.7.2004 führte die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) zwischen 11.30 Uhr und 13.00 Uhr eine Kundgebung gegen die rechtsextremen Bestrebungen der Heidelberger Burschenschaft Normannia durch. Etwa 80 TeilnehmerInnen hatten sich unter dem Motto „Nazi-Strukturen aufdecken – Gegen Faschisten aller Couleur!" auf dem Kornmarkt eingefunden.

Anlass der Kundgebung war das für Samstag, den 10. Juli von der Burschenschaft Normannia angekündigte Tagesseminar „Deutschland in der Globalisierungsfalle?!", zu der sie vier in rechtsextremen und neofaschistischen Kreisen bekannte und aktive Publizisten und Redner als Referenten eingeladen hatte.

Im Einzelnen handelte es sich um:

◗ Michael Nier, u.a. NPD-Kandidat für die Europa- und die Sächsischen Landtagswahlen 1999 und Autor in zahlreichen rechtsextremen Zeitschriften, wie z.B. „Nation & Europa"

◗ Gerhoch Reisegger, Referent auf internationalen Revisionistentagungen (z.B. 2002 in Moskau) und angekündigter Redner beim sog. „Pressefest" der NPD-Publikation „Deutsche Stimme" im August in Ostdeutschland

◗ Karl Richter, ehem. Bundes- und Landesfunktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" und Redakteur bei „Nation & Europa" u.a., 1995 wegen Volksverhetzung verurteilt

◗ Eberhard Hamer, Veröffentlichungen bspw. in der rechtsextremen Zeitschrift „Junge Freiheit".

Nier, Richter und Reisegger sind gegenwärtig als Autoren für die Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart", herausgegeben vom rechtsextremen Grabert-Verlag, tätig.

Besagtes Tagesseminar war nur der jüngste Höhepunkt einer Vielzahl von rechtsextremen, revisionistischen und antisemitischen Ausfällen der Burschenschaft Normannia, von denen exemplarisch folgende hervorgehoben werden können:

◗ Eine Veranstaltung mit dem verurteilten Rechtsterroristen Erhard Hartung, der an den von österreichischen Burschenschaftern begangenen Bombenanschlägen der 1960er Jahre beteiligt war, die einen Anschluss Südtirols an Österreich erzwingen sollten.

◗ Das Verteilen von Flugblättern mit der antisemitischen „Tätervolk"-Rede des ehem. CDU-Bundestagsabgeordneten Hohmann.

◗ Einen revisionistischen Vortrag über die angeblichen Ursachen des Beginns des 2. Weltkrieges unter dem Titel „Der Krieg, der viele Väter hatte" von General a.D. Schultze-Rhonhof.

Lea Roth, Sprecherin der AIHD, dazu: „Durch unsere Kundgebung und die ausführliche Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld ist es uns gelungen, die braunen Machenschaften der Heidelberger Burschenschaft Normannia ans Licht zu zerren. Der dadurch entstandene Druck zwang die Burschenschafter, konspirativ nach Veranstaltungsorten suchen zu müssen. Zwischenzeitlich behaupteten sie sogar, das Tagesseminar abgesagt zu haben, was sich aber, angesichts des Versuches, unter Vorspielen falscher Gründe die Räumlichkeiten der Heidelberger Gaststätte „Essighaus" anzumieten, als ein Täuschungsmanöver herausstellte. Alles in allem bewerten wir unsere Arbeit als Erfolg. Nicht zuletzt, weil auch in der Berichterstattung der Medien die Normannia mittlerweile da angesiedelt wird, wo sie schon immer steht: Tief im neofaschistischen Sumpf! Jetzt wird es interessant zu sehen, wie diejenigen, die bis jetzt ihre Augen vor diesen Tatsachen verschlossen haben, reagieren werden. Zum Beispiel die Stadt, die die Normannia alljährlich am „Volkstrauertag" auf dem Ehrenfriedhof in ihren Reihen mitmarschieren lässt, und die anderen Studentenverbindungen.

Auch wenn die heutige Veranstaltung sicher einen Reinfall für die Normannia darstellt, ist davon auszugehen, dass sie weiterhin versuchen wird, ihre neofaschistischen Ansichten offensiv in die Öffentlichkeit zu tragen. Aber so wie heute nicht ungestört: Wir werden auf jeden Fall weitermachen!"

Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD)E-Mail: aihd@gmx.de www.autonomes-zentrum.org/ai ■

Keine Abschiebung afghanischer Flüchtlinge!

HAMBURG. Für den 7.7. rief u.a. der Flüchtlingsrat Hamburg zu einer Demonstration gegen die Innenministerkonferenz in Kiel auf. Auf der Tagesordnung der IMK standen u.a. Regelungen zu „Rückführungen" von Flüchtlingen nach Afghanistan und ins Kosovo – ein Thema, bei dem der Hamburger Senat die Rolle eines Vorreiters und Scharfmachers spielt. Hamburg hat als erstes Land bereits einen afghanischen Flüchtling abgeschoben. Zwar hat Hamburg im Hinblick auf einen gemeinsamen Abschiebebeschluss am 29.3.04 die Weisung erlassen, „dass Abschiebungen afghanischer Staatsangehöriger nach Afghanistan weiterhin befristet bis zum 31.7.2004 ausgesetzt werden". Trotzdem macht die Ausländerbehörde weiter mit dem Druck auf afghanische Flüchtlinge, auch mit rechtswidrigen Methoden, z.B. indem sie für die Verlängerung einer Duldung Geld verlangte. Viele afghanische Flüchtlinge bekommen inzwischen nur noch einwöchige Duldungen, so der Flüchtlingsrat.

Angesichts dessen appelliert das Diakonische Werk an den Innensenator, auf der IMK die Forderung nach einer bundesweiten Bleiberechtsregelung für die hier lebenden langjährig geduldeten afghanischen Flüchtlinge zu unterstützen. „Diese Bleiberechtsregelung wurde vom schleswig-holsteinischen Innenminister Klaus Buß und derzeitigem Vorsitzenden der Konferenz im Januar vorgeschlagen. Wenn sie nicht beschlossen wird, müssen 6.500 afghanische Flüchtlinge aus Hamburg ab dem 31. Juli ausreisen. Norbert Scharbach, Leiter der Ausländerabteilung im Kieler Innenministerium, berichtete auf einem Podium von Diakonie und Universität am 28. Juni aus der Vorkonferenz der Innenministerkonferenz, Hamburg hätte zwar keinen ausformulierten Bleiberechtsvorschlag in die Diskussion gegeben, würde sich aber auf der Basis eines IMK-Beschlusses, der zunächst den Beginn der Abschiebungen vorsähe, dem schleswig-holsteinischen Bleiberechtsvorschlag anschließen. Experten auf dem Podium wiesen auf die prekäre Situation in Afghanistan hin, die eine Rückkehr in Würde und Sicherheit nicht gewährleisten könne."

Aus einer PE Diakonisches Werks ■

Schwerverletzter im Ausreisezentrum Hormersdorf

MÜNCHEN. Am heutigen Nachmittag, den 30.6.2004 gegen 16 Uhr forderte die Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit der Flüchtlinge im mittelfränkischen Ausreisezentrum Hormersdorf (eine 120 Einwohner-Gemeinde im Landkreis Nürnberger Land) ihr erstes Opfer. Nachdem einige Bewohner Alkohol getrunken hatten, gerieten sie in Streit, der mit einer Messerstecherei endete. Der Schwerverletzte konnte nicht sofort ärztlich versorgt werden, da die Rettungssanitäter aufgrund eines Staus erst eine halbe Stunde nach dem Vorfall in Hormersdorf eintrafen. Der Verletzte wurde mit zwei Stichwunden im Bauch per Hubschrauber in eine Klinik eingeliefert. Der Täter wird von der Polizei gesucht, Hunde und ein Helikopter sind dazu im Einsatz.

Die Situation im Hormersdorfer Ausreisezentrum ist verheerend. Die Flüchtlinge sind erst wenige Monate in Deutschland, verfügen aufgrund fehlender Sprachkurse nur über rudimentäre Deutschkenntnisse und sind völlig isoliert, die Hormersdorfer Einwohner machen einen Bogen um sie. Für die Kinder gibt es keinen Kindergarten, auch Ärzte und Anwälte haben sich in Hormersdorf nicht niedergelassen. Und die Möglichkeit, Unterstützung außerhalb Hormersdorfs zu finden, ist nahezu ausgeschlossen. Denn vom Telefon im Ausreisezentrum können nur Notrufnummern und die Ausländerbehörde in Schnaittach angerufen werden. Rückrufe sind nicht möglich, einen öffentlichen Fernsprecher im Ort gibt es nicht. Die Flüchtlinge sind frustriert, eine Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit macht sich breit.

Seit Monaten schon heizt sich die Stimmung in Hormersdorf auf. Die NPD plakatierte vor dem Gebäude ihre hämischen „Gute Heimreise jetzt"-Plakate. Zuletzt wurde eine 22jährige Frau in Handschellen zur Abschiebehaft abgeführt. Die Versuche des Ökumenischen Vereins für Flüchtlinge und Asylsuchende e.V. in Hersbruck, die Schließung des Ausreisezentrums zu erreichen, wurden von der ZRS abgeschmettert. Denn offenbar ist die Eskalation der Situation in Hormersdorf von der ZRS gewollt, um die Flüchtlinge zur Ausreise zu zwingen, was selbst die heute vor Ort tätigen Einsatzkräfte der Polizei mutmaßten. Mit dem heutigen Vorfall ist die Stimmung am Siedepunkt, viele Hormersdorfer Einwohner sind zu der Einschätzung gelangt, dass die Flüchtlinge „alles Verbrecher" sind.

Das Hormersdorfer Ausreisezentrum wurde im Herbst 2003 im ehemaligen „Gasthof zum Löwen" eröffnet. In dem baufälligen Gebäude, das zynisch an der Vorderfront noch die Aufschrift „Fremdenzimmer" trägt, leben derzeit 30 Flüchtlinge, zumeist alleinstehende Männer, aber auch zwei Familien mit Kindern. Sie sollen zur widerstandslosen, sog. „freiwilligen" Ausreise genötigt werden und erhalten deshalb mehrmals wöchentlich Besuch von Angestellten der Zentralen Rückführungsstelle Nord (ZRS) in Zirndorf, die in polizeilichen Verhörmaßnahmen geschult sind. Mit diesen euphemistisch „rückkehrorientierte Beratung" genannten Verhören sollen die Flüchtlinge dazu gebracht werden, die für ihre Abschiebung notwendigen Papiere beizubringen, obwohl über ihre Asylanträge noch nicht rechtskräftig entschieden wurde.

Die Flüchtlinge, die vor allem aus Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland und anderen GUS-Staaten stammen, in denen Menschenrechtsverletzungen und bürgerkriegsähnliche Krisen nach wie vor an der Tagesordnung sind, kamen in der Hoffnung auf Schutz vor Verfolgung nach Deutschland. Nun werden sie hier in einem Lager untergebracht, aus dem es, so die Aussagen der Verhörer der ZRS, nur einen Ausweg gibt: Zurück in ihr Herkunftsland.

„Dieses Ausreisezentrum muss sofort geschlossen werden, und mit ihm die anderen in Fürth, Engelsberg und Nürnberg, denn es kann nicht sein, dass ein Staat, der sich zu Menschenwürde und Menschenrechten bekennt, Abschiebelager für Flüchtlinge betreibt, die die Betroffenen so zermürben, dass selbst die letzten Hemmschwellen fallen", fordert Alexander Thal von res publica.

Weitere Informationen und Fotos zu Ausreisezentren finden Sie auf der Dokumentationsseite Ausreisezentren von res publica unter http://www.ausreisezentren.de. *res publica,* ■

„Im Nachtleben hält eine Parallelgesellschaft Einzug“

Bremens Ausländerbeauftragte startet neue Offensive gegen „diskriminierende Einlasskontrollen“ – und will damit angeblich auch der Gastronomie dienen.

BREMEN. Nach einem anstrengenden Sitzungsmarathon in Bremen hatte sich der afrikanische UNO-Beamte Benjamin Tschemballa (Name von der Redaktion geändert) auf ein paar erholsame Stunden in einer Discothek gefreut. Tanzen wollte er dort und einige Cocktails genießen.

Doch daraus wurde nichts. Dem schwarzhäutigen Diplomaten wurde vor drei hansestädtischen Discotheken der Zutritt verwehrt – ohne Begründung und ohne dass er in den Tanzlokalen jemals unangenehm aufgefallen wäre. „Alles andere als ein Einzelfall“, wie Dr. Dagmar Lill klagt. Die Ausländerbeauftragte des Landes Bremen hat jetzt eine neue Offensive gegen aus ihrer Sicht diskriminierende Einlasskontrollen im Gastronomiebereich gestartet und sucht dabei ausdrücklich den Schulterschluss mit der Branche.

Auftrieb gibt ihr eine Untersuchung der Musikveranstalterin Sonja Wohllaib, bei der Silke Lohschneider zur Hand gegangen war. Unterstützt wurden die beiden Frauen von Hans-Georg Schlodtmann vom Büro der bremischen Ausländerbeauftragten. „Repräsentativ im wissenschaftlichen Sinne ist unsere kleine Studie nicht“, räumt Schlodtmann ein. Und er führt das auf die „wenig ausgeprägte Motivation der Gastronomen“ zurück. Schließlich seien nur wenige Fragebögen zurückgekommen. Konkret hätten 18 von 82 angeschriebenen Betriebsinhabern aus Bremen, Bremerhaven und dem niedersächsischen Umland geantwortet. Allerdings habe man das Bild durch zahlreiche telefonische oder persönliche Gespräche mit Betreibern abrunden können, so Schlodtmann.

Summa summarum beteiligten sich letztlich 32 Disco-Unternehmer an der Untersuchung. 16 von ihnen lassen durch Türsteher Zugangskontrollen vornehmen; lediglich zwei verzichten ganz darauf. 60 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass ein zu hoher Anteil von Gästen ausländischer Herkunft das geschäftliche Image schädigen könnte.

Clearingstelle und Zertifizierung

„Die Zahl der diskriminierenden Abweisungen an der Disco-Tür steigt und die Dunkelziffer schätzen wir als sehr hoch ein“, schildert Schlodtmann. Besonders peinlich aus Sicht des Behördenmannes: Bremen hat sich für das Jahr 2010 als europäische Kulturhauptstadt beworben. Folglich müssten sich gastronomische Einrichtungen auf den zu erwartenden Umgang mit ausländischen Touristen wesentlich besser vorbereiten.

Dass der Spruch „Du kommst hier nicht rein!“ mittlerweile häufiger zu hören ist, will Hans-Georg Schlodtmann nicht nur den Gastronomen ankreiden. „Tatsache ist, dass sich viele Deutsche beschweren, wenn der Ausländeranteil in ihrer Stammdiskothek zu hoch ausfällt. Das kann nicht hingenommen werden“, verlangt er und will mit Integrationsarbeit gegenhalten.

Mit einer Reihe von Vorschlägen und Forderungen bemüht sich das Büro der Ausländerbeauftragten um ein Verändern der Lage. Sicherheitskräfte ausländischer Herkunft seien ein positiver Ansatz, meint Dagmar Lill. „Ebenso müssen deutsche Türsteher ihre interkulturellen Kompetenzen im Bereich Konfliktmanagement vertiefen“, ergänzt Schlodtmann. Angemessene Schulungsangebote könnten nach seinen Vorstellungen beispielsweise bei der Handelskammer angesiedelt sein.

Außerdem machen sich Dagmar Lill und Hans-Georg Schlodtmann für eine Clearingstelle stark, die als Kontaktstelle sowohl von Gastronomen als auch von Gästen angesprochen werden könnte. Diese Stelle würde zum einen in Einzelfällen vermitteln, zum anderen Aktionen und Strategien entwickeln – in enger Zusammenarbeit mit Sicherheitsdiensten und Polizei, Ausländern und Gastronomen. Ferner sollten die Bremer Touristikzentrale und die Bremen Marketing GmbH mit von der Partie sein.

Eine weitere Idee der Ausländerbeauftragten: Im Rahmen einer Zertifizierung, die dem Sternesystem in der Hotellerie ähneln würde, könnten Betriebe gekennzeichnet werden, die das tun, was selbstverständlich sei, nämlich „alle Gäste gleich zu behandeln und gegen Diskriminierungen in eigenen Räumlichkeiten vorzugehen“.

Die Beobachtungen der Ausländerbeauftragten und ihrer Mitarbeiter sprechen eine deutliche Sprache. Seit den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten im September 2001 nähmen die Ängste gegenüber Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund zu. Gleichzeitig werde Diskriminierungen, die unter anderem aus diesen Ängsten entstünden, verstärkt Tür und Tor geöffnet. Das Ergebnis: Die Menschen zögen sich in ihre eigenen Kulturkreise zurück, weil sie hier ein Gefühl der Sicherheit zu hoffen fänden. Und dieser Rückzug – so Dagmar Lill – kollidiere mit den bisherigen Integrationsbemühungen.

Dabei schneiden sich Disco-Betreiber und Gastronomen in das eigene Fleisch, ist Dagmar Lill überzeugt: „Zu viele Gastro-Unternehmer betrachten das Thema unter einem verkürzten Blickwinkel aktueller Geschäftsinteressen.“ Zur gleichen Zeit erobern Diskotheken und Clubs, die ethnische Gruppen wie zum Beispiel Türken oder Russlanddeutsche ansprechen, immer mehr Terrain in der Lokallandschaft. „Die viel zitierte Parallelgesellschaft hat damit nun auch auf breiter Ebene im Nachtleben Einzug gehalten – eine Entwicklung, die für die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft auch im Freizeit- und Unterhaltungsbereich sicherlich sehr negativ ist.“

Das gilt nicht zuletzt, weil die Zahl der ausländischen Bürger im „discofähigen Alter“ steigt und in Bremen bereits bei etwa 30 000 liegt.

Thomas Klaus ■

AK Asyl schlägt Alarm:

Stadt Stuttgart will Flüchtlingsunterbringung verschlechtern

Bei der Jubiläumsfeier „20 Jahre Flüchtlingsunterkunft Am Viehwasen 22 in Wangen“ am 19. Juni war es noch ein Gerücht: Die Stadt Stuttgart plane, die kleinen Flüchtlingsunterkünfte zu schließen und die Flüchtlinge in die großen Massenunterkünfte umzusetzen. Am 26. Juni berichtete Asylpfarrer Baumgarten, dass die Stadt angesichts sinkender Flüchtlingszahlen schon vor Monaten vom Arbeitskreis Asyl und den Freundeskreisen die Auskunft verlangte, welche Unterkünfte sie für erhaltenswert ansehen und welche eher geschlossen werden sollten. Der AK Asyl nannte die Massenunterkünfte entbehrlich und die kleinen, dezentralen Unterkünfte für erhaltenswert. Nun kommt raus, dass die Stadt gerade diese kleinen Unterkünfte schließen will.

Die Flüchtlingsbetreuer berichteten, dass viele der Flüchtlinge wegen ihrer körperlichen und seelischen Verletzungen intensive medizinische und psychologische Betreuung brauchen. In den großen Unterkünften, wo z.B. in einem 18-Quadratmeter-Zimmer vier Personen wohnen müssen, ist das erschwert. Hier kommt es durch die Enge und fehlende Privatsphäre häufiger zu Reibereien zwischen den Gruppen.

In den kleinen Unterkünften wohnen z.B. in einer Dreizimmerwohnung eine Familie mit zwei Kindern und ein weiteres Paar. Kranke und stark Traumatisierte sind bisher vorzugsweise hier untergebracht. Ehrenamtliche Betreuer unterstützen die Sozialarbeiter der Aktion Dritte Welt oft seit zwanzig Jahren: sie organisieren Therapiemöglichkeiten und Hausaufgabenbetreuung, halten Kontakt zu Kindergärten, Schulen und Ärzten, helfen bei der Suche nach Lehrstellen und Arbeit. Über viele Jahre hinweg haben die Betreuer Kinder bis zum Schulabschluss oder gar Studium begleitet. Teilweise gelingt es, Lehrstellen zu organisieren, wo der Lehrherr die bürokratischen Hürden der immer neu zu beantragenden Berechtigungen zur Arbeit bzw. zum Bleiben bereit sind zu ertragen. Die Flüchtlinge in den kleinen Unterkünften arbeiten fast alle, zahlen Steuern und tragen zu den Wohnungskosten selbst bei: nach Schätzung von Gisela Lotze, Freundeskreis Heumaden, zahlen sie für die acht Dreizimmer- und vier Zweizimmerwohnungen ca. 3.500 Euro von ca. 6.000 Euro Miete an die SSWG.

Die Freundeskreise zeigen auch auf, dass die angeblich billigeren Massenunterkünfte in Wirklichkeit hohe Folgekosten haben: aufgrund von Konflikten und Kriminalität und andauernde Krankheit und Sozialhilfe, mangelnde Eingliederung der anerkannten Flüchtlinge. Sie haben teilweise schon gedroht, ihre Arbeit einzustellen, wenn ihnen die Stadt die Arbeit schwer bis unmöglich macht und ihren ehrenamtlichen Einsatz so gering schätzt.

Die Stadt will nun die Flüchtlinge „umsetzen“ und die großen Unterkünfte „nachverdichten“. Das ist nicht nur für die betroffenen Flüchtlinge eine große Härte, es senkt den Standard der Flüchtlingsbetreuung in Stuttgart erheblich. Bisher hatte die Stadt trotz des Drucks der Landesregierung wenigstens teilweise das sog. Stuttgarter Modell aufrechterhalten. Dies hatte Alt-OB Rommel so definiert, dass die Flüchtlinge in den Wohnvierteln in kleinen Wohneinheiten integriert werden. Das Land setzt auf Massenunterkünfte, die oft isoliert am Stadtrand oder in Industriebrachen liegen, und fördert damit die Gettobildung und Ausgrenzung.



Dass die Stadt nun vollends darauf einschwenken will, geschieht nicht zuletzt auf Drängen der CDU. Diese hat schon vor Wochen im Stadtrat eine Anfrage gestartet, wie die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen billiger gemacht werden könnte. Der neue Finanzbürgermeister Föll scheint diese Linie voll zu übernehmen.

Die Stadtverwaltung spricht immer dann, wenn es um soziale oder humanitäre Anliegen geht, davon, die Stadt habe kein oder zu wenig Geld. Gleichzeitig verbreitet sie voller Stolz die Ranklisten, in denen Stuttgart kaufkräftigste oder schuldenärmste, mindestens aber als zweitreichste oder vermögendste Stadt prunkt.

In den Haushaltsberatungen im Herbst konnte die CDU für die Kürzungen bei der Flüchtlingsbetreuung noch leicht Mehrheiten finden. Jetzt sprechen sich neben der PDS wenigstens die Grünen gegen Fölls Pläne aus. In einem Antrag fordern sie:

„Flüchtlinge: Das Stuttgarter Modell weiterführen!

… In den vergangenen Tagen war in der Presse von Plänen verschiedener Teile der Stadtverwaltung zu lesen, die dieses Klima empfindlich stören könnten. Die Landesregierung als größter Störer kürzt die Erstattungen an die Stadt. Dadurch verschlechtern sich die Betreuungsschlüssel. Für Sachkosten gibt es nur noch Pauschalen, die in unserer Stadt nicht ausreichen. Zusätzlich ist zu vernehmen, dass Flüchtlingsunterkünfte zu Gunsten anderer Bedarfsgruppen geräumt werden sollen.

Der Gemeinderat wurde bislang nicht unterrichtet. Bevor Fakten geschaffen werden, halten wir die Information des Gemeinderates samt Meinungsaustausch für zwingend notwendig, deshalb beantragen wir: Vor der Sommerpause wird im Sozialausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen über die Pläne der Verwaltung berichtet.

Wir verschließen uns notwendigen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen nicht. Wir wollen aber sicher stellen, dass die Flüchtlinge nicht weitere Härten erfahren müssen und beantragen weiter:

- Personen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Bleiberecht erhalten, können ihre jetzige Unterkunft beibehalten.
- Kranke und traumatisierte Personen können ihre jetzige Unterkunft ebenfalls beibehalten, genauso wie Familien, deren Kinder Schule oder Kindergarten besuchen.
- In SWSG-Wohnraum, in dem bisher ausschließlich Flüchtlinge untergebracht waren, halten wir eine Durchmischung mit anderen Bedarfsgruppen für sinnvoll.
- In Fällen, in denen es zu einer Umsetzung kommt, werden die Betroffenen frühzeitig – und nicht nur wenige Tage vorher – informiert.
- Die Stadt setzt sich gegenüber dem Land dafür ein, dass schneller über den Status von Flüchtlingen entschieden wird.“

Auch wenn die Grünen gebetsmühlenartig ihr Verständnis für die „Wirtschaftlichkeitsüberlegungen“ äußern, ist das ein guter Ansatz, im Gemeinderat die Pläne von Föll abzwehren. *ulk* ■

P.S. zur Sprache: Andere Menschen haben eine Wohnung, Flüchtlinge nur eine Unterkunft, sie werden „umgesetzt“. Dieser unmenschliche Sprachgebrauch deutet auf unmenschlichen Umgang. Diese Begrifflichkeit taucht auch zunehmend in Presseberichten über die Hartz-IV-Pläne auf, wo die Städte und die Regierung über „Unterbringungskosten“ von Langzeitarbeitslosen streiten. Ältere Leute denken bei Unterbringung und Umsetzen leicht an Lager oder Gefängnisse.

Flüchtlinge zwischen freiwilliger Ausreise und Abschiebung

17. Juli 2004, Tagung der Evangelischen Akademie Iserlohn in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW
Tagungsort: Haus Villigst, Iserlohner Straße 25, 58239 Schwerte



Wie freiwillig kann die Ausreise abgelehnter Flüchtlinge sein? ist eine Frage an die ExpertInnenrunde.

- In Deutschland wurden im Jahr 2002 12.000 Ausreisen von der International Organization for Migration durchgeführt. „Wir bieten eine humanitäre Alternative zu Abschiebungen" sagt ihr Chef Bernd Hemingway.
- Was kann die Abschiebungsbeobachtung am Düsseldorfer Flughafen leisten?
- Gewalt bei der Abschiebung, Alltag oder traurige Ausrutscher? Die Initiative kein mensch ist illegal begleitet den Prozess gegen die BGS-Beamten, die an der tödlich geendeten Abschiebung des sudanesischen Flüchtlings Aamir Ageeb beteiligt waren.
- Dürfen, können, müssen sogar manchmal BeraterInnen Flüchtlingen den Rat geben, in Deutschland unterzutauchen, weil eine Rückkehr ins Herkunftsland als zu gefährlich erachtet wird? ist die abschließende Kernfrage an den Flüchtlingsbeauftragen des Diakonischen Werks Westfalen Dietrich Eckeberg.

Es laden herzlich ein: Katharina von Bremen, Evangelische Akademie Iserlohn, Gabriele Spieker, Ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche NRW, Köln

Samstag, 17. Juli 2004
10 Uhr Begrüßung und Einführung Katharina von Bremen und Gabriele Spieker
10.15 Uhr Referate und anschließende Diskussion mit dem Schwerpunkt Unterstützungs- und Interventionsmöglichkeiten für FlüchtlingsberaterInnen und andere UnterstützerInnen
10.15 Uhr Auf Dauer bedroht: Zum Umgang mit Langzeitgeduldeten, Bernd Mesovic, Pro Asyl
11.15 Uhr Krank aber „flugtauglich". Zur Abschiebung kranker Flüchtlinge, Dr. med. Hans Wolfgang Gierlichs, Internist, Arzt für Psychotherapeutische Medizin, Aachen
12.30 Uhr Mittagspause
13.30 Uhr Kurzfilm „Campi Centri Concentramenti" über ein Abschiebelager im italienischen Agrigento. (Regie: Enrico Montalbano)
14.00 Uhr ExpertInnen in der Diskussion: Zwischen „freiwilliger" Ausreise und „humaner" Abschiebung. Haben Flüchtlinge keine andere Wahl?
Leyla Arslan, agisra (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung), Köln; Uli Sextro, Forum Flughäfen in Nordrhein-Westfalen (FfiNW) Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Düsseldorf; Bernd Hemingway, Leiter der International Organisation for Migration (IOM) Deutschland, Berlin; Thomas Berthold, Antirassismus Büro Bremen, kein mensch ist illegal; Albert Koolen, Flüchtlingsrat Krefeld
Moderation Albrecht Kieser
16.30 Uhr Auswertung und Ausblick: Anstatt Abschiebung: freiwillige Ausreise oder In die Illegalität abtauchen. Flüchtlinge brauchen Rat und Angebot. Dietrich Eckeberg, Flüchtlingsbeauftragter des Diakonischen Werks Westfalen, Münster.

Tagungssekretariat: Monika Claus, Tel: 02371 / 352–147, Fax: 02371 / 352-130
m.claus@kircheundgesellschaft.de
Euro 25 (ermäßigt: Euro 12,50)

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Was die „Preußische Treuhand" für Polen ist, das ist die „Sudetendeutsche Initiative" (SDI) für die Tschechische Republik: Ein Zusammenschluss deutscher Umgesiedelter, die früheres, in Folge des Zweiten Weltkriegs konfisziertes Eigentum zurückbekommen wollen. Anfang 2003 hat sich die Organisation gegründet, seitdem haben sich ihr rund 200 Personen angeschlossen - Tendenz steigend.

SDI-Vorsitzender ist Erich Högn, ein Umgesiedelter der „Erlebnisgeneration". Högn war im Jahr 2002 Bundesvorstandsmitglied des Witikobundes, er gehört dem Flügel der „Vertriebenen"-Verbände an, der die Politik der BdV- und SL-Spitze scharf bekämpft. Verbündete sucht er offenbar bei der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), für deren „Grundlagenseminar" er im März als Referent angekündigt war. „Ostdeutsche Eigentumssicherung am Beispiel der Sudetendeutschen Initiative" lautete sein Thema, am Abend zuvor konnten sich die anwesenden Jung-"Vertriebenen" an großdeutscher Kultur berauschen: Frank Rennicke stand mit einem Liederabend auf dem Programm.

„Die ostdeutsche Frage" bleibt „auch nach dem 1.5.2004 unverändert offen", behauptet die JLO ganz unbekümmert. 79 „Sudetendeutsche" prüfen das derzeit auf ihre eigene Art. Am 28. April erhoben sie Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg. Die Rückgabe von früherem Eigentum verlangen sie, ersatzweise eine Entschädigung, „nach dem vollen Verkehrswert", wie ihr Anwalt Thomas Gertner aus Bad Ems betont. Der Klage müsse stattgegeben werden, meint Gertner: Die tschechische Regierung verstoße „in der Eigentumsfrage" gegen Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie gegen das Diskriminierungsverbot des Artikel 14.

Ähnlich sieht es die Bundesregierung. Dies bestätigt Klaus Pöhle, Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium, in einem Grußwort an die jüngste Tagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Um „Vertrauen zu schaffen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und eine gemeinsame Zukunft innerhalb der EU", hat die Bundesregierung „die Meinung vertreten, dass – unbeschadet privater Rechte Dritter – Eigentums- und Vermögensfragen nicht mit den Beitrittsverhandlungen (...) verquickt werden sollten". Doch Pöhle stellt klar: „Die heutige Bundesregierung hat, wie im Übrigen alle Regierungen vor ihr, stets die Vertreibung und die entschädigungslose Enteignung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig angesehen. Diese Position gilt unverändert." *jk* ■

EU-Verfassung kommunistisch?

Junge Freiheit Nr. 27/04, 25. Juni 2004

JF-Schreiber *Bernd-Thomas Ramb* kommentiert die EU-Verfassung unter dem Titel: „Sport ist drin, Gott nicht – Die geplante EU-Verfassung ähnelt einem liberal-kommunistischem Manifest“. Ramb weiter: „... Vor allem aber werden die Grundwerte definiert, auf denen die EU-Verfassung beruhen soll. Dass gerade dabei auf den ‚Gottesbezug‘ verzichtet und die christlichen Werte verschwiegen werden, auf deren Grundlage Europa in seiner Vergangenheit nicht nur seine kulturelle Hochblüte, sondern auch die längsten Friedenszeiten entwickeln konnte, ist ein unbegreifliches Armutszeugnis.“ Dass Europa mit all seinen christlichen Grundwerten auch längste Kriegszeiten – 30 Jahre, 100 Jahre ... – erleben musste, verschweigt Lamb vornehm. Am meisten aber stören Ramb die wenigen sozialen Festlegungen des EU-Verfassungsentwurfs: „Gerade der Charta-Teil der EU-Verfassung liest sich wie das Kommunistische Manifest, aus dem die klassenkämpferischen Formulierungen gestrichen wurden.“ Gemeint sind Festlegungen wie das „Recht auf Bildung“, das „Recht, einen frei gewählten Beruf ausüben zu können“, das „Recht auf eine Begrenzung der Höchstarbeitszeit, auf tägliche und wöchentliche Ruhezeiten“ ... Ramb behauptet: „Sollte deren Realisierung wirklich angestrebt werden, ist ein eurosozialistischer Zentralstaat die Zwangsfolge ... Schon deshalb ist eine energische Bekämpfung des EU-Vertragsentwurfs die Pflicht eines jeden freiheitsliebenden Europäers.“

Die Linke in der BRD sollte streng darauf achten, bei Kampagnen gegen die EU-Verfassung nicht in unerwünschte Bündnisse hineinzugeraten. Ein reines „Nein!“ zur EU-Verfassung reicht nicht. Kritik an den militärischen und unsozialen Absichten der europäischen Staaten ist unumgänglich.

Kampagne gegen die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus

Junge Freiheit Nr. 28/04 vom 2. Juli 2004

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist das Bemühen, eine Kampagne „Alle Opfer sind gleich“ loszutreten. Anlass ist der Antrag von 15 Abgeordneten der CDU-CSU-Fraktion, „man möge nicht nur der Opfer der NS-Herrschaft, sondern auch der des Kommunismus und des Stalinismus in Deutschland gedenken.“ Der Antrag ist an den Kulturausschuss des Bundestages überwiesen worden. *Günter Zehm* erläutert das Anliegen des Blattes: „Kaum ein Tag verstreicht, an dem nicht immer neue und immer teurere Projekte für Gedenk- und Mahnstätten zur Erinnerung an NS-Opfer in die Öffentlichkeit lanciert werden. In möglichst vielen Städten und Gemeinden Deutschlands, so das jüngste Projekt, sollen in den Fußgängerzonen goldene Gedenkplatten im Stile des Hollywood ‚Walk of Fame‘ eingelassen werden, die an die Opfer der NS-Diktatur erinnern. Stadträte, die sich der geplanten Gedenk-Bepflasterung aus Kostengründen widersetzen, werden massiv unter Druck gesetzt und mit politischen Verdächten überzogen.“ Anstelle der „Stolpersteine“, die die öffentliche Aufmerksamkeit darauf richten sollen, dass die Opfer des Nazi-Terrors in der Nachbarschaft gelebt haben, wünscht das Blatt Gedenkstätten für die Maueropfer, für die Wehrmachtssoldaten, für die Insassen der DDR-Gefängnisse, für diejenigen, die von den Alliierten nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wegen ihrer Beteiligung am NS-Regime in Lager gesperrt wurden. Das wird auf mehreren Seiten ausgebreitet.

Rechte Kritik an Hartz IV

Junge Freiheit Nr. 29/04 vom 9. Juli 2004

Das Blatt behauptet, die mit Hartz IV beschlossenen Änderungen bei der Sozialhilfe und bei der Arbeitslosenversicherung träfen vor allem „die Ehrlichen“: „Die Ehrlichen werden wieder mal die Dummen sein. Wer sein Leben lang gearbeitet und nicht schlecht verdient hat und im fünften oder sechsten Lebensjahrzehnt krisenbedingt den Stuhl vor die Tür gesetzt bekommt, für den wird der soziale Abbau beschleunigt ... Den Traum, im Alter die magere staatliche Rente noch mit Lebensversicherung und Mieteinnahmen aufzubessern, kann er begraben. Statt dessen darf er sich vielleicht mit einem Arbeitsamts-Agenturagenten mit Akademiker-Komplex herumschlagen, der ihm die miesesten Jobs zumutet, die er in seiner Kartei finden kann. Den bisherigen Sozialamtskunden aus überwiegend alteingesessenem oder neuzugewandertem Sozialhilfeadel, der die Stütze vom Amt ohnehin nur als Grundversorgung für sich und seine Familie betrachtet, um ungestört der Schwarzarbeit oder allerlei Gewerben und Geschäften nachzugehen, werden derlei Drohungen auch künftig nicht anfechten: Sein Vermögen hat er schon so geparkt, dass ihm keiner so ohne weiteres dahinter kommt.“

Im Klartext: Die bisherigen Bezieher von Sozialhilfe sind sowieso alle Betrüger (da kommt eine ganz schöne Menge zusammen – die BRD, eine Republik der Betrüger?), die jetzt weiter gefördert werden – kein Wort darüber, dass die Ansprüche gekürzt werden. Und für die Arbeitslosen unterschlägt das Blatt einfach, dass das Arbeitslosengeld, auf das lange Jahre Tätige Anspruch haben, weiter besteht. Das ist demagogische Hetze gegen die Armen und wird in den nächsten Wahlen sicher eine Rolle spielen. *uld* ■

DVU wählte Landtagskandidaten

Nationalzeitung 28/04 vom 2.7.2004

Die DVU hat am 27.6. ihre Kandidaten für die Landtagswahlen in Brandenburg am 19. September aufgestellt, auf Platz 1 kandidiert die Vorsitzende der DVU-Fraktion im Landtag Liane Hesselbarth. In Absprache mit dem NPD-Vorstand wird die DVU auf eine Kandidatur in Sachsen verzichten, die NDP dafür in Brandenburg.

Schon jetzt wird in Sachsen versucht ein breiteres Bündnis zu schaffen. Ein sog. Chemnitzer Appell richtet sich an die Bundesvorstände von DP (Deutsche Partei), DSU (Deutschen Sozialen Union) und REP, um noch kurzfristig eine gemeinsame Liste zur Landtagswahl zu schmieden. Hauptakteur ist der neugewählte Stadtrat von Chemnitz, Martin Kohlmann (REP). Auf der REP-Liste zum Chemnitzer Stadtrat kandidierte mit Jörg Schubert auch ein NPD-Mitglied. ■